



TÜRKEI 1968

Geschichte des Widerstandes

8

PROTEKTIONISMUS

Kapitalfraktionen im Streit

11

WAFFENEXPORTE

Profit vor Menschenleben

11

SEXARBEIT

Prostitutionsverbot und Stadtentwicklung

14



Zum revolutionären Potenzial des Landesstreiks 1918

LANDESSTREIK 100 Jahre danach betrachten wir dessen Bedeutung in der Geschichte der Klassenkämpfe. Das Ziel der revolutionären Überwindung kapitalistischer Verhältnisse verlangt historisches Bewusstsein, auch hinsichtlich der Beständigkeit des revolutionären Prozesses.

(agkk) Geschichtsschreibung ist stets von politischen Interessen geprägt. Im bürgerlichen Interesse werden primär reformistische Inhalte der ArbeiterInnenbewegung und die Unmöglichkeit einer grundlegenden gesellschaftlichen Veränderung übermittelt. Im Gegensatz dazu fragen wir nach dem revolutionären Potenzial des Landesstreiks von 1918. Nach Ausbruch des Ersten Weltkriegs 1914 handelten in vielen Ländern Westeuropas die Führungen der sozialistischen Parteien einen «Burgfrieden» mit den bürgerlichen Parlamenten aus. Hierzulande verlangte dies von der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (SPS) mitunter Zustimmung zur militärischen Landesverteidigung sowie zur weitgehenden Vollmacht für den rein bürgerlichen Bundesrat, was einer Ausserkraftsetzung des Parlaments gleichkam. Zugleich hielten Teile der Bewegung die revolutionäre Opposition kontinuierlich aufrecht, was nicht vergessen werden darf; insbesondere die Sozialistische Jugend unter der Parole «Krieg dem Krieg». Innerhalb der SPS ereignete sich bald eine Spaltung in einen revolutionären «linken»

Flügel und in einen reformistischen «rechten» Flügel. Die internationale Verbindung der Opposition gegen die imperialistische Kriegspolitik rückte an den Konferenzen von Zimmerwald und Kiental (1915/16) den «revolutionären Massenkampf für die Ziele des Sozialismus» zurück in den Fokus. Linke Kräfte waren es dann auch, die den Burgfrieden als unhaltbaren, einseitigen Kompromiss verurteilten und aufkündigten.

Miserable Lage des Proletariats und reale revolutionäre Aussichten

Nachdem der Imperialismus sowie erste Errungenschaften der ArbeiterInnenbewegung den Lebensstandard des Proletariats Ende 19. Jahrhunderts anhoben, kehrte das Elend während der ersten Kriegsjahre verschärft zurück. Die Bourgeoisie eignete sich kriegswirtschaftliche Profite an und der Bürgerblock baute seine politische Macht weiter aus. Im Zuge des Krieges sanken die Lebensmittelimporte, die Exportindustrie in kriegsführende Länder wuchs, Nahrungsmittelindustrie und Landwirtschaft florierten. Obwohl die Kapitalisten horrenden Gewinne einfuhren und die Lebensmittelpreise stark anstiegen, bestand eine restriktive Lohnpolitik. Die Kriegswirtschaft bescherte den Arbeitenden eine Reallohneinbusse von 25-30 Prozent. Auch der Bauernverband hielt an einer aggressiven, für das Bauertum profitablen Preispolitik fest. Für das Proletariat folgten Armut, Wohnungsnot, Unterernährung und Hunger. Fast 700'000 Personen (1/5 der Schweizer Bevölkerung) erhielten 1918 Notstandunterstützung. Arbeiterfamilien waren auf zwei Ein-

kommen angewiesen. Der geringe Sold der Männer, die für die Landesverteidigung Militärdienst zu leisten hatten, vermochte den Lohnausfall nicht zu decken. Dem Landesstreik gingen zahlreiche Protestaktionen und Kämpfe voran. Etwa die Frauendemonstration am 10. Juni 1918 vor dem Rathaus in Zürich, wo der Kantonsrat tagte. Gefordert wurde die «sofortige Beschlagnahme aller Lebens- und Bedarfsartikel, Enteignung und Verteilung derselben unter der Kontrolle der Arbeiterschaft nach Massgabe des Bedarfs, nicht des Besitzes». Die Forderungen der Streik- und Protestbewegung hatten teilweise revolutionären Charakter. Die Zugeständnisse der Herrschenden waren bescheiden, beispielsweise Lebensmittelrationierung oder minimale Milchpreissenkungen. Angesichts der objektiven Bedingungen der Kriegsjahre lag der Streik als politisches Kampfmittel der Arbeiterschaft nahe: Während einheimische Arbeitende zur Landesverteidigung eingezogen wurden, kehrten ausländische Arbeitende zum Kriegsdienst in ihre Herkunftsländer zurück. Dadurch waren ArbeiterInnen für Armee und Produktion gesucht, was deren Verhandlungsmacht stärkte.

Streikführung in den Händen der Reformisten

In vielen aktuellen Darstellungen des Landesstreiks wird als führende Kraft das «Oltener Aktionskomitee» (OAK) ausgemacht, welches am 4. Februar 1918 durch Vertreter des Gewerkschaftsbundes, der SPS sowie der Eisenbahnerorganisation gegründet wurde.

Fortsetzung auf Seite 7

POLITISCHE GEFANGENE

Turgut Kaya: Nach fünf Monaten aus griechischer Haft entlassen

Ende Juli 2018 ist Turgut Kaya aus der Auslieferungshaft in Griechenland entlassen worden. Er war ursprünglich im Februar aufgrund eines internationalen Haftbefehls der türkischen Regierung inhaftiert worden. Kaya hat eine lange politische Geschichte, aufgrund derer er immer wieder in der Türkei im Knast sass. Betül Kaya, eine Aktivistin von Partizan, sagte dazu in einem Interview, «dass seine politische Biographie bis jetzt aus Kampf und darauf folgende Gefangenschaft besteht.» Im selben Interview denunziert sie die Kollaboration der EU- und NATO-Staaten mit der türkischen Regierung, welche die Haftbefehle der Türkei umsetzen und Gesuchte mitunter an die Türkei ausliefern. Auch bei Turgut Kaya hatte ein griechisches Gericht Ende Mai ursprünglich entschieden, dem Auslieferungsgesuch stattzugeben. Die Auslieferung hätte für Kaya höchstwahrscheinlich Isolationshaft und Folter bedeutet.



Nachdem dieser Gerichtsentscheid bekannt wurde, begann Kaya einen Hungerstreik, den er über 50 Tage durchhielt. Er beendete ihn erst, nachdem am 20. Juli bekannt wurde, dass der griechische Staat sein Recht auf Asyl anerkennt und eine Auslieferung an die Türkei nicht mehr möglich war.

Während seines Hungerstreiks entfaltete sich für Kaya eine starke internationale Solidaritätskampagne. Diese Arbeit wird in der gemeinsamen Erklärung von ATIK und UPOTUDAK, welche sie nach seiner Freilassung verfassten, entsprechend gewürdigt: «Wir begrüßen die politische Arbeit vor Ort und auch weltweit und möchten nochmals betonen, welche Kraft und Stärke die internationale Solidaritätsbewegung entfalten kann, was auch im Falle Kayas bestätigt wurde. Gemeinsam und mit diesem Erfolg wurde nochmals gezeigt, dass der Kampf für eine Welt jenseits von Unterdrückung, Ausbeutung und Repression nicht kriminalisiert werden kann!»

Das Interview mit Betül Kaya sowie die Erklärung von ATIK und UPOTUDAK nach seiner Freilassung sind auf dem Blog der Roten Hilfe Schweiz unter rotehilfesch.noblogs.org zu finden.



ZENTREN DES REVOLUTIONÄREN AUFBAU

Zentrum vom Revolutionären Aufbau Basel

Bläsiring 86 (Parterre) in Basel
 Öffnungszeiten auf Anfrage
 E-Mail: basel@aufbau.org

Kontakt Revolutionärer Aufbau Winterthur

Grenzstrasse 38 in Winterthur
winterthur@aufbau.org

Zentrum vom Revolutionären Aufbau Zürich

Meinrad-Lienertstrasse 15 in Zürich
 im Aufbau-Vertrieb an der Kanonengasse 35 (Hinterhaus)
 jeden Samstag von 12 bis 17 Uhr

IMPRESSUM

Herausgeberinnen

Revolutionärer Aufbau Zürich, Postfach 8663, 8036 Zürich
 Revolutionärer Aufbau Basel, basel@aufbau.org
 Revolutionärer Aufbau Winterthur, winterthur@aufbau.org

Redaktion (red)

Revolutionärer Aufbau Basel (rabs), Revolutionärer Aufbau Winterthur (raw),
 Gruppe politischer Widerstand Zürich (gpw), Gruppe Arbeitskampf Zürich (az),
 Arbeitsgruppe Antifa Basel (agafbs), Arbeitsgruppe Antifa Zürich (agafz),
 Arbeitsgruppe Klassenkampf Basel (agkkbs),
 Arbeitsgruppe Klassenkampf Zürich (agkkz), Arbeitskreis ArbeiterInnenkämpfe (akak),
 Arbeitskreis Frauenkampf (akfk), Frauen-Arbeitsgruppe (agf), Frauenkollektiv (fk)
 Rote Hilfe International (rhi), Arbeitsgruppe Jugend Zürich (agj)

Redaktion und Vertrieb Schweiz

aufbau, Postfach 8663, 8036 Zürich, PC-Konto 80-33638-5
 Internet: www.aufbau.org, E-Mail: info@aufbau.org



Demo gegen das Migrationsregime Europa, 14. Juli 2018 Zürich.

Editorial

Für neue Leserinnen und Leser

Der aufbau ist die dreimonatlich erscheinende Zeitung des Revolutionären Aufbaus Schweiz. Sie schafft Öffentlichkeit für soziale Bewegungen, gibt Orientierung gegen die herrschenden Ideologien, ist internationalistisch und berichtet parteiisch aus den Bereichen Widerstand, Arbeitskämpfe, Frauenkampf, Migration, Antifaschismus, proletarischer Internationalismus, politische Gefangene, Aufstandsbekämpfung und Rote Hilfe.

Der aufbau will zu einer Stärkung linker Antworten beitragen auf die Widersprüche des gegenwärtigen Kapitalismus, auf weltweit wachsende Klassenwidersprüche, auf menschenfeindliche neoliberale Ideologie, auf Ressourcenknappheit und einen Aufschwung imperialistischer Kriege. Zu diesem Zweck zitiert der aufbau u.a. Karl Marx, gemäss dem die kapitalistische «Gesellschaft kein fester Kristall (ist), sondern ein umwandlungsfähiger und beständig im Prozess der Umwandlung begriffener Organismus». In diesen Umwandlungsprozess gilt es revolutionär einzugreifen zugunsten einer sozialistischen, perspektivisch kommunistischen Gesellschaft.

Auf deine kritische Meinung und aktive Beteiligung sind wir angewiesen. Schreib uns!

Job weg und den Ersatz auch noch einarbeiten

FINANZBRANCHE Banken und Finanzdienstleister entlassen, ohne Widerstand dagegen. Wir haben über das Beispiel Six gesprochen, wie das abläuft und wo Gründe für den fehlenden Arbeitskampf zu suchen sind.

(az) Früher machte eine KV-Lehre, wer nicht wusste, was tun und einen sicheren Job wollte. Diese Zeiten scheinen nun definitiv vorbei zu sein, selbst in der Schweiz, dem Herzen des Banken- und Versicherungswesens. Digitalisierung und Automatisierung ersetzen vielerorts die Arbeitskräfte oder wo noch physische realexistierende Arbeitskräfte benötigt werden, können diese dank Telearbeit physisch auch ganz woanders erledigt werden, z.B. in Indien oder in Rumänien. Im Falle der Six sprechen wir von einer Auslagerung der Arbeit nach Warschau, Polen.

Doch zunächst zur Six, die momentan aus zwei Gründen Angestellte entlässt: Einerseits, weil ausgelagert wird, andererseits weil ein Teil der Firma verkauft wurde. Six gilt als systemrelevant, doch wer nicht in der Finanzbranche arbeitet, weiss kaum, was sie macht. Systemrelevant ist sie, weil jede Zahlung, die hierzulande getätigt wird, über die Six läuft, sie ist der zentrale Verkehrsknotenpunkt des Zahlungsverkehrs und im Falle einer Katastrophe - welcher Art auch immer - würden deshalb sofort Sicherheitskräfte zu ihrer Verteidigung abdelegiert. Die Six betreibt die Börse in Zürich, zudem stellt sie Finanzinformationen zur Verfügung, d.h. Börsen- und Devisenkurse sowie verschiedene Analysen. Da ist sie nicht der alleinige Player, aber ein wichtiger, europaweit. Der bargeldlose Zahlungsverkehr, der wohl bekannteste Geschäftsbereich der Six, wurde nun an Worldline verkauft. Das ist ein Anbieter aus Frankreich und neu die unbestrittene Nummer eins in Europa. Wobei die Six mit 27% an der Worldline beteiligt ist, also nach wie vor an jeder getätigten Kartentransaktion mitverdient. Sie behält ausserdem den bargeldlosen Zahlungsverkehr über das Handy mit Twint und hat noch weitere Nischenprodukte, die weniger wichtig sind.

Den Verkauf des Kartengeschäfts, der sog. Zahlungssparte, begründet die Six mit der Wirtschaftlichkeit. Dieses funktioniert via Skaleneffekt, man braucht ein grosses Volumen, um den Kunden tiefe Kosten anbieten zu können. Ausserdem wären teure Investitionen in die Erneuerung der Technologie fällig, da Player wie Apple auf den Markt dringen und eine modernere Konkurrenz sind. In der Konsequenz werden Angestellte entlassen, der genau Zeitplan dafür kann bei Lukas Hässig, dem Blogger von

«Inside Paradeplatz» nachgelesen werden. Er nimmt an, dass mehr als die Hälfte der ca. 1.300 MitarbeiterInnen in der Zahlungssparte die Arbeit verlieren werden, auch weil Worldline Einsparungen von satten 110 Millionen ankündigt. Das kann nur über weniger und günstigere Arbeitskräfte realisiert werden.

Spüren heisst weniger Lohn, also Auslagerung

Die Entlassungen, die jetzt laufen, liegen an der Auslagerung der nicht verkauften Arbeiten. In Warschau wurde ein Shared Service Center in Betrieb genommen, in dem etwa 100 Stellen geschaffen wurden, hauptsächlich für die tiefer qualifizierten Arbeiten wie den Support, den Einkauf, Buchhaltung, die Industriesoftware SAP, mit der die Six verwaltet wird, auch das interne Reisebüro. In Zürich verbleibt ein kleines Back Up. Der entlassene Six-Mitarbeiter bemerkt, dass seine KollegInnen, die den Job behalten haben, jetzt eine Steigerung der Arbeitshetze zu spüren bekommen. Schlimm ist, dass es auch die trifft, die schon entlassen sind und noch eine Weile ausharren müssen. Die Neuen müssen geschult, betreut und überwacht werden, es passieren noch viele Fehler. Ausserdem sei auch eine unterschiedliche Haltung gegenüber der Arbeit in Zürich und Warschau zu beobachten. Dort gehen die KollegInnen nach 8 Stunden Arbeit nach Hause - völlig zu Recht, die wurden ja auch angestellt, weil sie billig sind. Aber für jene in Zürich bedeutet das Druck, sie sind verantwortlich, sie müssen die gleiche Qualität wie früher garantieren, das erwartet die Firma mit der grössten Selbstverständlichkeit. Wahrung der Qualität heisst Überzeit und Stress.

Arbeitssetze und Druck nehmen zu

Der Entlassene erzählt: «Die Kriterien nach welchen entlassen wurde, wurden von der Six nie kommuniziert. Es ist anzunehmen, dass das jährliche NBO, also das Qualgespräch, ausschlaggebend war. Aber das ist eine Hypothese und es ist auch klar, dass sowieso Leute entlassen worden wären, auch wenn alle eine super Quali gehabt hätten, das liegt in der Natur der Auslagerung. Wir haben folgendes Angebot bekommen: Um eine reibungslose Übergabe an die Arbeitskräfte in Warschau zu ermöglichen, müssen wir bis zu einem definierten Zeitpunkt bei der Six verbleiben. Wer das tut, bekommt eine Abfindung von drei Monatslöhnen, wer früher geht, verliert die Abfindung. Zweitens sollten freie Six-Stellen zuerst intern ausgeschrieben werden, um interne Wechsel zu fördern. Das war aber ein leeres Versprechen, es ist auch eine absurde Vorstellung, dass entlassene z.B. BuchhalterInnen plötzlich im Marketing oder so angestellt würden. Theoretisch hätten wir auch



Aussen harmonisch, innen überarbeitet und zermüht.

Zeit bekommen, um uns zu bewerben, aber das ist wegen der steigenden Arbeitsbelastung unvorstellbar. In der Konsequenz befinden wir uns in einer perfiden Situation: Wir wurden entlassen und haben die AnfängerInnenfehler der Neuen auszubügeln, solange wir noch da arbeiten. Ich freue mich, dass das nun endlich zu Ende geht.»

Für jene hingegen, die nicht entlassen worden sind, wurde für 2019 ein «schöner Bonus» in Aussicht gestellt, was aber bezweifelt wird. Widerstand gab es keinen, weder seitens der Entlassenen noch seitens der Verbleibenden. Einerseits war allen der Grund für die Massnahme klar: Der Profit muss gesteigert werden, damit die Banken - die Besitzer der Six - mehr Dividenden kassieren. Die Banken sind über den Verwaltungsrat direkt vertreten, sie sind nicht still beteiligt sondern nehmen Einfluss. Jene, die es nicht getroffen hat, haben deshalb aufgetaucht und ducken sich. Ihnen muss klar sein, dass sie wichtig sind, denn wenn sie gehen würden, dann hätte die Six keine eingearbeiteten Arbeitskräfte mehr. Aber sie hängen sehr an ihrem vergleichsweise hohen Lohn. Hypotheken für das Einfamilienhaus im Aargau, der neue Mercedes, der geleast ist usw. Die Six bezahlt gut, das macht die Angestellten erpressbar. Die Leute schweigen also, zumindest gegenüber den Vorgesetzten. Es wird höchstens der unhaltbare Zustand und der Niedergang der Qualität beklagt. Unter den Mitarbeitenden wird hingegen schon gesprochen und reklamiert. Trotz und Unzufriedenheit sind merklich. Die Anlässe zur Besänftigung, wie Apéros und Abendessen usw. werden regelmässig boykottiert, da will dann niemand von Zürich dabei sein. Auch weil sich für die Zukunft bereits die nächste Verschärfung ankündigt. Die Six lässt an Präsentationen verlauten, nur «hochmotivierte» Leute beschäftigen zu wollen, ansonsten werde das Arbeitsverhältnis aufgelöst. Eine klare Drohung und eine Ankündigung, dass die Arbeitssetze verschärft werden soll.

Kampf um die Frühpensionierung

ARBEITSKAMPF Der Landesmantelvertrag auf dem Bau läuft Ende 2018 aus. Am 23. Juni fand in Zürich eine grosse Demonstration statt – eine Demo mit Bedeutung für die gegenwärtige, branchenübergreifende Klassenkampfsituation.

(az) Der Landesmantelvertrag regelt schweizweit Löhne und Arbeitsbedingungen auf dem Bau. Eine Besonderheit auf den Baustellen ist der flexible Altersrücktritt (FAR). Er ist eine unbestreitbare Notwendigkeit: Ab 50 Jahren haben viele Bauarbeiter gesundheitliche Probleme – bis hin zur Arbeitsunfähigkeit. Traditionell finden in den Monaten vor den Verhandlungen der Baumeister mit den Gewerkschaften jene Demonstrationen statt, welche die Gewerkschaft Unia mit finanziellem Aufwand zum öffentlichen Machtmittel zu stilisieren versucht. Gemäss der gewerkschaftlichen Zeitung «Work» waren 18.000 Menschen an der Demonstration vom 23. Juni in Zürich beteiligt, es wird vom grössten Arbeiterprotest seit hundert Jahren gesprochen. Auch wenn diese Zahl sehr hoch gegriffen erscheint, so ist die Unzufriedenheit auf dem Bau doch gross. Von 20.000 Bauarbeitern stimmten 93,1 Prozent für einen Streik im Fall, dass die Baumeister kein Entgegenkommen signalisieren würden. Gefordert wird ein verbesserter Landesmantelvertrag, eine Lohnerhöhung von 150 Franken sowie Massnahmen gegen Lohndumping, ein omnipräsentes Thema auf schweizerischen Baustellen.

Digitales Werkzeug für den Klassenkampf von oben

Obwohl vieles wie oft von den Gewerkschaften inszeniert wirkt: Die Baubranche bleibt der kämpferischste Teil der ArbeiterInnenbewegung in der Schweiz. Wenn die Baumeister heute damit drohen, die 2002 im Kampf errungene Frühpensionierung zurückzunehmen, dann ist das nicht nur arrogant wie gewohnt, sondern in erster Linie ein häufig genutztes taktisches Mittel um alle anderen gewerkschaftlichen Forderungen vom Tisch zu fegen. Es lohnt sich, das Geschehen und das Klassenverhältnis



Wichtige Mobilisierung: Gemäss den Gewerkschaften nahmen 18.000 Menschen teil.

auf dem Bau zu beobachten, auch wenn man selber nicht in dieser Branche tätig ist.

Denn die Digitalisierung – die zunächst nicht viel mit der Baubranche zu tun haben scheint – hat ein neues Zeitalter der Flexibilisierung und Verschlechterungen der Arbeitsverhältnisse eingeläutet. Dafür werden Arbeitsgesetze verschlechtert und als neuer Standard für die branchenübergreifend werktätige Klasse installiert. Im gleichen Zuge versuchen Firmen, ihre Arbeitsbedingungen nach unten anzupassen. Dies auch dann, wenn sie selber kaum etwas mit Digitalisierung am Hut haben. Klassenkampf von unten und Klassensolidarität sind darum in dieser Zeit wichtig. Gerade weil diese Zeit für die ArbeiterInnenbewegung als eine sehr defensive Phase beschrieben werden muss.

Wie sich die BauarbeiterInnen in dieser Situation verhalten, kann also der gesamten werktätigen Klasse Orientierung bieten. Entscheiden sie sich tatsächlich für Kampf und Streik – mit dem sie 2002 äusserst erfolgreich die Frühpensionierung erkämpften? Es deutet mehr darauf hin als auch schon.

Demo für Lohngleichheit

Die nächste grosse gewerkschaftliche Demonstration findet am 22. September 2018 um 13.30 Uhr auf der Schützenmatte in Bern statt. Schliessen wir uns den kämpferischsten Kräften an und stärken wir die frauenkämpferische Mobilisierung gegen Lohnungleichheit. Kommt mit nach Bern!

Des Menschen bester Freund: Das Smartphone

DIGITALISIERUNG Immer bequemer, gleichzeitig schneller. Mit wenigen Klicks zur Information. Die heutige Leistungsgesellschaft erfordert Effizienz. Abhilfe gaukeln uns technische Geräte vor.

(agj) Zu jeder Tageszeit ist es zu beobachten, die Menschen hauen in die Tasten. Ob Smartphone oder Tablet, der elektronische Begleiter scheint kaum wegzudenken. Ganz im Gegensatz dazu stehen die immer wieder erscheinenden Schlagzeilen betreffend Datensammlung und Überwachung. Ganz zu schweigen von der Ausbeutung der Natur und Menschen etwa im Kongo, um unter anderem Coltan und Kassiterit, Erze die notwendig sind um besagte Produkte herzustellen, abzubauen. Doch warum diese Faszination? Warum vertrauen wir Suchmaschinen? Warum verzichten wir auf Nähe und Intimität und wählen stattdessen den Weg der digitalen Kommunikation?

Google findet für uns

Ein Beispiel menschlicher Abhängigkeit von Technologie ist die Art, wie wir uns heutzutage Informationen beschaffen. Egal was, gesucht wird im Internet. Dabei wird vor allem Google zum ständigen „Ansprechpartner“, der uns mittels bestimmten Algorithmen sogar weismacht, was wir zu suchen scheinen. In ihrem Buch „Die Vernetzung der Welt“ beschreiben Schmidt und Cohen, beides Führungspersonen bei Google, ihre Vision folgendermassen: „Die herkömmlichen Suchmaschinen werden zu Vorschlagmaschinen (...), um das Gesuchte schneller zu finden. Sie werden die Effizienz insbesondere steigern, indem sie unseren Denkprozess stimulieren und unsere Kreativität fördern statt hemmen.“

In Sachen Effizienz wird ihnen kaum jemand widersprechen: Per Mausclick lassen sich schnell Informationen auf den Bildschirm zaubern. Etwas anders sieht es da aber bei der angesprochenen Kreativität und dem Denkprozess aus: Google liefert Information, Wissen aber kommt von Denkprozessen, von sich mit Themen auseinanderzusetzen und sich eine eigene Meinung zu bilden, nicht sich von vorformatierten Antworten zu bedienen. Meist ein langwieriger Prozess, doch ermöglicht er uns, selbstständig zu denken, durch die Welt zu gehen. Dies muss jedoch erlernt werden. Nicht programmierbar zu sein wie Roboter, sondern reflektiert und hinterfragend, Wissen nach eigenem Belieben aneignend, unabhängig der Reizüberflutungen und Datenströmen führender Internet-Unternehmen. Es hat aber durchaus Logik, weshalb in der kapitalistischen Gesellschaft nicht mehr Bildung und Medienkompetenz gefördert, sondern vermehrt der rein technische Umgang mit digitalen Hilfsmitteln angeeignet werden: Firmen wie Google schaffen es wie kaum andere, sich als vermeintliche Helfer in der Leistungsgesellschaft zu integrieren. Erfüllen sie für den Nutzer doch die wichtige Funktion der sofortigen Befriedigung von (Informations-)Bedürfnissen. Da kann schnell vergessen gehen, dass unser Denken und unsere Vorstellungen dadurch von ebendiesen Unternehmen massgeblich beeinflusst werden. Die Entfremdung in Wahrnehmen der sinnlichen Realität und von natürlichen Beziehungen zwischen den Menschen schreitet voran. Die Verlagerung des Menschen von der physischen in die digitale Welt ist das Ziel. Die Wahrnehmung unserer Natur und Umwelt, wie auch die soziale Interaktion verändern sich grundlegend, vieles erscheint abstrakt, die Menschlichkeit entweicht durch die Digitalisierung, die Vereinzelung wird massiv vorangetrieben.

Facebook vernetzt uns

Nicht nur in der Informationsbeschaffung, sondern auch in anderen Bereichen verlassen wir uns auf Hilfeleistungen digitaler Unternehmen. Facebook und Konsorten vermitteln uns ein neues Bild von zwischenmenschlichen Beziehungen, sozialer Interaktion und Kommunikation. „FreundInnen“ können per Mausclick hinzugefügt und gelöscht werden, ein digitales In-



Ich bin, was ich poste.

terface ersetzt die Begegnung von Mensch zu Mensch. Emotionen werden nicht mehr durch Worte und Mimik, sondern durch Emojis ausgedrückt. Digitale Schnittstellen und nicht mehr die sinnliche Wahrnehmung entscheiden, wie wir die Welt betrachten. Dabei bieten soziale Netzwerke vor allem eins an: Fernab von realen Beziehungen und dem Sein bieten sie die Möglichkeit, auf bequemste Weise auf die Wahrnehmung von Umwelt und seine eigene Außenwahrnehmung Einfluss zu nehmen. Man ist, was man postet. Man drückt sich durch wenige Zeichen oder „likes“ aus. Und dabei spielt es gar nicht so eine Rolle, ob die gezeigten Bilder wirklich die Realität zeigen. Digitale „FreundInnen“ aus aller Welt kennen mich so, wie ich es ihnen vermitteln will. Ob Essen, Körperkult, Graffiti, so ziemlich alles wird auf Facebook geteilt. Oftmals mit dem Ziel der Anerkennung, dem Drang möglichst viele Daumen Hochs zu generieren. Zum Problem kann es dann werden, wenn durch ausbleibende „likes“ die eigene Freude am erlebten getrübt, manchmal sogar verändert wird. Wir sind so damit beschäftigt, unser fotografiertes Erlebtes mit dem Internet zu teilen, dass wir den eigentlichen Moment gar nicht mehr wirklich wahrnehmen. Vermeintliche Anerkennung übertrumpft das Gefühl von Freude, das perfekte Foto wird wichtiger als das Erleben an sich. Der Mensch funktioniert zunehmend für seinen digitalen Fussabdruck, statt für sich und seine Mitmenschen. Er macht sich zum Objekt.

Das Smartphone unterhält uns

Treue Begleiter digitaler Interaktion werden von Firmen wie Samsung oder Apple produziert, weiterentwickelt und Version für Version (das heisst jährlich!) verschertelt. Und zwar so erfolgreich, dass obwohl die Meisten hier bereits funktionstüchtige Apparate ver-

fügen, bei jeder Neuerscheinung ein Hype ausbricht, der in stunde-, manchmal sogar nächtelangen Ansteh-Orgien in ihrer Absurdität gipfeln. Ein Leben ohne das Gerät scheint kaum vorstellbar, erfüllt es vermeintlich in fast allen Lebenslagen seinen Dienst. Informationen, E-Mails, News, alles wird mit dem stets griffbereiten Gerät erledigt. Selbst wenn mal gar nichts geht, kein Problem: Auf dem Smartphone hantieren, die Langeweile ist weg. Im Kapitalismus ist kein Platz für nichts tun. Langeweile wird behandelt, als käme sie vom Teufel selbst. Und das obwohl sie nicht selten Anfangspunkt für Kreativität ist. Natürlich nicht eine, wie sie von den Bossen von Google und Co. vermarktet wird, sondern eine wie wir sie doch noch immer wieder erleben. Als Moment in dem wir Zeit für uns hätten. Einen Moment, in dem jeder selbst entscheiden kann, was er mit seiner Zeit anfangen will. Wir werden aber bereits so stark von der Leistungsgesellschaft getrimmt, dass sich in uns Unmut über vermeintlich tote Zeit breitmacht. Der Kapitalismus und seine einzelnen Akteure finden verschiedene Wege, uns in gewünschte unreflektiert funktionierende Rollen zu zwingen. Uns aufzuerlegen, was wir zu tun und was zu lassen haben, wie wir die Welt, die Natur und Gesellschaft wahrnehmen. Wie wir an vermeintliches Wissen rankommen, wie wir sozial miteinander agieren. Reizüberflutung, Desinformation und Abhängigkeit von digitalen Spielereien sind ein paar diese Wege. Menschliche Bedürfnisse wie etwa Verbundenheit und Verwirklichung werden in Aussicht gestellt, Resultat ist aber doch eher Vereinzelung und Isolation. Von den Kontrollmöglichkeiten, die durch unsere digitale Vernetzung so ausgeübt werden wollen wir gar nicht anfangen. Wir können uns der Digitalisierung nicht verschliessen. Wir können sie aber kritisch betrachten, sie nur gewählt und achtsam nutzen.

MERKE!



Zivifrauen



Filmdienst

Den Klimawandel blockieren

KLIMAWANDEL Anfang August fanden in Basel zum zweiten Mal die Climate Games statt. Mit einem Klimacamp und Aktionen machten die AktivistInnen auf den Klimawandel und mögliche Lösungen aufmerksam.

(rabs) Um 5 Uhr morgens gingen sie los. Von Pratteln bei Basel marschierten die fast 100 Menschen am 10. August Richtung Rhein, zum Birsfelder Hafen. Dort besetzten und blockierten sie die wichtigste Kreuzung, so dass die Tanklastwagen, die das Öl vom Hafen in die Schweiz verteilen sollten, weder rein noch raus konnten. Gleichzeitig fuhr eine andere, kleinere Gruppe mit ausrangierten Mietfahrrädern an den Auhafen. Dort bauten sie mit den Fahrzeugen und sich selber eine Barrikade, die auch da die Lastwagen aufhalten sollte.

Schon im Vorfeld dieser Blockadeaktion war viel geschehen. Einerseits war da der Sommer, der auf der ganzen Welt ungewöhnlich hohe Temperaturen brachte und vielen Menschen vor Augen führte, wie es um unser Klima steht. Eine Folge davon war auch ausbleibender Regen und ein entsprechend tiefer Wasserpegel im Rhein. Fast wären die Blockadeaktionen nicht mehr nötig gewesen, weil der Rhein nur noch sehr eingeschränkt beschiffbar war.

Auf der anderen Seite löste die Ankündigung der Blockade des Hafens, an dem über ein Drittel des Mineralöls in die Schweiz kommt, auch ein grosses Medienecho aus. Mit den entsprechenden Verwirrungen: Die Basler Zeitung kündigte an, Polizei und Hafenleitung hätten sich darauf geeinigt, den Hafen während des Wochenendes der Blockade von sich aus still zu legen. Das wurde dann aber postwendend von der Hafenleitung dementiert.

Die ganze Aktion wurde von den Climate Games durchgeführt, die schon letztes Jahr in Basel ein «Klimacamp» und diverse Aktionen organisiert hatten. Es ist ein international vernetzter Zusammenschluss von Aktivistinnen und Aktivisten, die sich gegen den menschengemachten Klimawandel einsetzen und sich dabei bewusst sind, dass es keine Lösung des Problems innerhalb des Kapitalismus geben wird. Denn dieser fusst auf permanentem Wachstum und kann ohne diesen nicht bestehen. Auf der anderen Seite ist die Erde ein abgeschlossenes System, das nicht wächst, die Ressourcen, insbesondere Öl, Kohle und Uran, aber auch Land und Wasser, sind in einer gewissen Menge vorhanden und werden irgendwann zur Neige gehen.



Da kam niemand mehr durch: Blockade am Birsfelder Hafen.

Da im kapitalistischen System für den Profit produziert wird und nicht zur Befriedigung der Bedürfnisse aller Menschen, nehmen die Firmen und Konzerne auch nicht Rücksicht auf Probleme, die sich auf längere Frist stellen könnten. Wenn doch Überlegungen zu Nachhaltigkeit und Ökologie angestellt werden, geschieht dies in erster Linie um durch höhere Verkaufspreise oder -zahlen einen Extraprofit im Vergleich zur Konkurrenz herauszuholen zu können.

Mit dem Begriff «Climate Justice» bringen die Climate Games auch die soziale Komponente ins Spiel: in neokolonialer Manier sind es vor allem die «westlichen» Länder, also Europa und Nordamerika, die (bis jetzt) die grösste Schuld am Klimawandel tragen und auch davon profitieren, aber die Menschen im globalen Süden und das (vor allem auch nichtweisse) Proletariat, das unter den vom Klimawandel verursachten Wetterextreme leidet. Der Übergang zu einer Wirtschaft und Gesellschaft, die längerfristige Überlebenschancen auf diesem Planeten hat, muss auf eine gerechte Art geschehen und nicht erneut den Besitzenden einen Vorteil bieten.

Dies waren auch die Themen während des Klimacamps, das eine Woche vor den Aktionen in den Basler Ölhäfen begann. Dort wurde in Workshops viel diskutiert, gerade auch weil gewisse Redner eine Reformierbarkeit des Kapitalismus behaupteten, was nicht dem propagierten Selbstverständnis der «Climate Games» entspricht. Auch gab es Vernetzungstreffen, an dem verschiedenste Gruppen und Organisationen teilnahmen, die sich vorstellen und ihre Positionen diskutieren konnten.

Der Höhepunkt der Climate Games waren dann die erwähnten Blockaden, die durchaus einen Erfolg darstellten, konnten doch beide Häfen durch etwa 150 Personen während zwei Tagen blockiert werden. Die Aktion blieb zwar symbolisch, zeigte aber, was möglich ist und bei anderen Gelegenheiten weiter ausgebaut werden könnte. Die Basler Polizei hielt sich auffällig zurück, regelte den Verkehr und kontrollierte die Fahrzeuge, die die Blockierenden mit Essen versorgten, unternahm aber nichts um die Blockade aufzuheben.

Traditionell rassistisch

BASLER FASNACHT Rassistische Logos von Fasnachtsguggen sorgen in Basel für Wirbel. Und enden vorläufig mit Rechtsextremen an einem Solidaritätsmarsch.

(rabs) Am 21. Februar 1927 landete Walter Mittelholzer – Flugpionier, Fotograf und (weniger bekannt) Urgrossonkel eines Basler Kommunisten – nach 20'000 km in einem einmotorigen Flugzeug in Kapstadt. Die Schweiz war von der Leistung und den Fotos, die Mittelholzer schoss, begeistert. Letztere waren vor allem Luftaufnahmen von afrikanischen Landschaften, aber auch Einheimische, die der Fotograf am liebsten in Kleidern ablichtete, die bedienten, was das europäische Publikum von Afrika erwartete. Damit entsprach er dem (rassistischen) Zeitgeist. In Basel nahm eine Gugge (das ist eine Gruppe, die an der Fasnacht mit Blechblasinstrumenten musiziert) bei ihrer Gründung im selben Jahr Bezug auf die Fotos und wählte den Namen «Negro-Rhygass» und eine Pauke spielende schwarze Figur mit dicken Lippen, Bastrock und grossen Ohrringen als Logo. Die Figur spiegelt die Art, wie Schwarze abgebildet wurden: Das Emblem der «Mohrenzunft» von Bern oder der Zwerte Piet – Begleiter des Nikolaus in den Niederlanden – tragen die selben Züge. Das Logo der Negro-Rhygass-Gugge geht noch einen Schritt weiter und zeichnet der Figur einen Knochen in die Haare: Damit unterstreicht sie das Stereotyp des schwarzen Wilden, der womöglich gar kannibalistisch veranlagt ist und im Gegensatz zur europäischen Zivilisation steht.

Rassismuvorwurf

Es ist eher erstaunlich, dass mit dem steigenden Bewusstsein für Rassismus und der Verurteilung des traditionellen, militärischen Kolonialismus durch die Mehrheit der Gesellschaft (auch wenn viele die Rolle der Schweiz nicht wahrhaben wollen, aber das ist eine

andere Geschichte...) das Logo nicht ausgewechselt wurde. Jahr für Jahr war das Logo an der Fasnacht sichtbar und niemand störte sich daran – auch nicht die antifaschistischen und antirassistischen Kräfte Basels. Das liegt wohl vor allem an der geringen gesellschaftlichen Bedeutung einer einzelnen Gugge oder Clique (das ist eine Flöte und Trommel spielende Fasnachtsguppe), der im Gegensatz dazu enormen Wichtigkeit der Fasnacht als Ganzes und daran, dass sie – abgesehen von ein paar Stickern – praktisch nur an den drei Fasnachtstagen in Erscheinung treten. Und da setzte sich die «Negro-Rhygass» nicht mit rassistischen Sujets (also Themen) in Szene.

Nun hatte die Gugge diesen Sommer die Idee, ein öffentliches Fest zu veranstalten. Auf dem Werbebanner war das Logo und der Name sichtbar und diese Sichtbarkeit wurde der Gugge zum Verhängnis: Der Gugge wurde Rassismus vorgeworfen, diese wehrten sich dagegen, in der irrigen Meinung, dass nur Rassist_in sei, wer Rassist_in sein will. Facebook- und Webauftreten wurden gesperrt, die rechten Wutbürger_innen heulten (mit freudiger Mithilfe der Basler Zeitung) auf, als ob ihnen gleich auch noch das Atmen verboten würde (was leider nicht der Fall ist). Bei der Gugge selber scheint aber ein Reflexionsprozess in Gang gekommen zu sein: Sie denken über eine Namensänderung nach.

Solidaritätsmarsch

Aus der Fasnachtsecke wurde bald ein Solidaritätsmarsch mit den kritisierten Gruppierungen (neben der Negro-Rhygass auch die Gugge «Mohrekopf») organisiert – ein Bericht dazu findet sich auf www.aufbau.org: Etwa 800 Menschen versammelten sich, um ihre Solidarität mit den beiden Fasnachtsguppen auszudrücken. Die meisten davon waren wohl konservative «Fasnächter_innen», es war aber absehbar, dass mit dieser Demo den Rechtsextremen eine Plattform geboten wurde, die

selbstverständlich auch nutzten. Aus der Demo wurden Gegendemonstrant_innen, die Flyer verteilten und zeitweise den Marsch blockierten, angegriffen. Auch nach dem Ende des Marsches kam es zu Versuchen, die Antifas beim linken Restaurant Hirscheneck anzugreifen, was aber durch die grosse Anzahl der anwesenden Linken vereitelt werden konnte.



Vaterländisches Gruselkabinett

LANDESSTREIK Am 11. November 2018 feiert die reaktionäre «aargauische vaterländische Vereinigung» ihr hundertjähriges Bestehen. Ein aktueller Anlass, sich mit der Geschichte und den Auswirkungen reaktionärer Politik in der Schweiz zu befassen – in Theorie und Praxis.

(az) Vor genau hundert Jahren schlug der Landesstreik wie eine Bombe ein und erschreckte das schweizerische Bürgertum zutiefst. Die Erkenntnis, dass eine revolutionäre Umwälzung nicht nur denkbar, sondern als praktisch machbar erschien, wuchs nicht nur in der Klasse der ArbeiterInnen sondern auch in jener der AusbeuterInnen. Die russische Revolution – als Höhepunkt eines europaweiten Bewegungszyklus – war zu jenem Zeitpunkt erst ein Jahr alt und ihre Bedeutung allgegenwärtig. Ein Gespenst ging um in Europa; eine gute Woche vor Ausbruch des schweizerischen Landesstreikes fand in Kiel der Matrosenaufstand statt. Die wütende Reaktion in der Schweiz hatte in der Folge viele Gesichter, etwa wurden Zeitungen der ArbeiterInnenbewegung verboten (siehe Seite eins und Fortsetzung). Neben der staatlichen Repression entstand vor allem eine folgenschwere Neuformierung der reaktionären Kräfte, die der ArbeiterInnenbewegung in den Folgejahren zusetzen sollte.

Erstarkter Bürgerblock folgt auf Landesstreik

Der Klassenkampf spitzte sich 1918 zu. Der Landesstreik zog aufgrund des bedingungslosen Streikabbruchs – für welchen das reformistische Oltener Aktionskomitee verantwortlich war – nur sehr wenige unmittelbare Verbesserungen für die ArbeiterInnenenschaft nach sich. Ausnahmen bildeten das Proporzwahlrecht sowie die 48-Stunden-Woche. Alle anderen Forderungen wurden erst Jahre später und in einem völlig anderen politischen Kontext erwirkt. Der Landesstreik von 1918 hatte als bedeutsamste unmittelbare Folge zunächst eben jene Neuformierung und Stärkung des Bürgerblocks. Freisinn, Katholisch-Konservative (die heutige CVP), Bauernverband und allerlei Nationalgesinnte rückten näher zusammen. Auch die Armeespitze, Grossindustrielle und Hochfinanz wagten den Schulterchluss. Einen gemeinsamen Nenner fanden diese sehr unterschiedlichen Kräfte mit abweichenden ideologischen Prägungen in der Bekämpfung des Kommunismus und der Zementierung der politischen Machtverhältnisse. Sie alle hatten gemeinsam, dass ihnen die erstarkte ArbeiterInnenbewegung ein Graus war. Antikommunismus erhielt die Funktion als nationalen Kitt, der Bauern und Banker zusammenrücken liess.

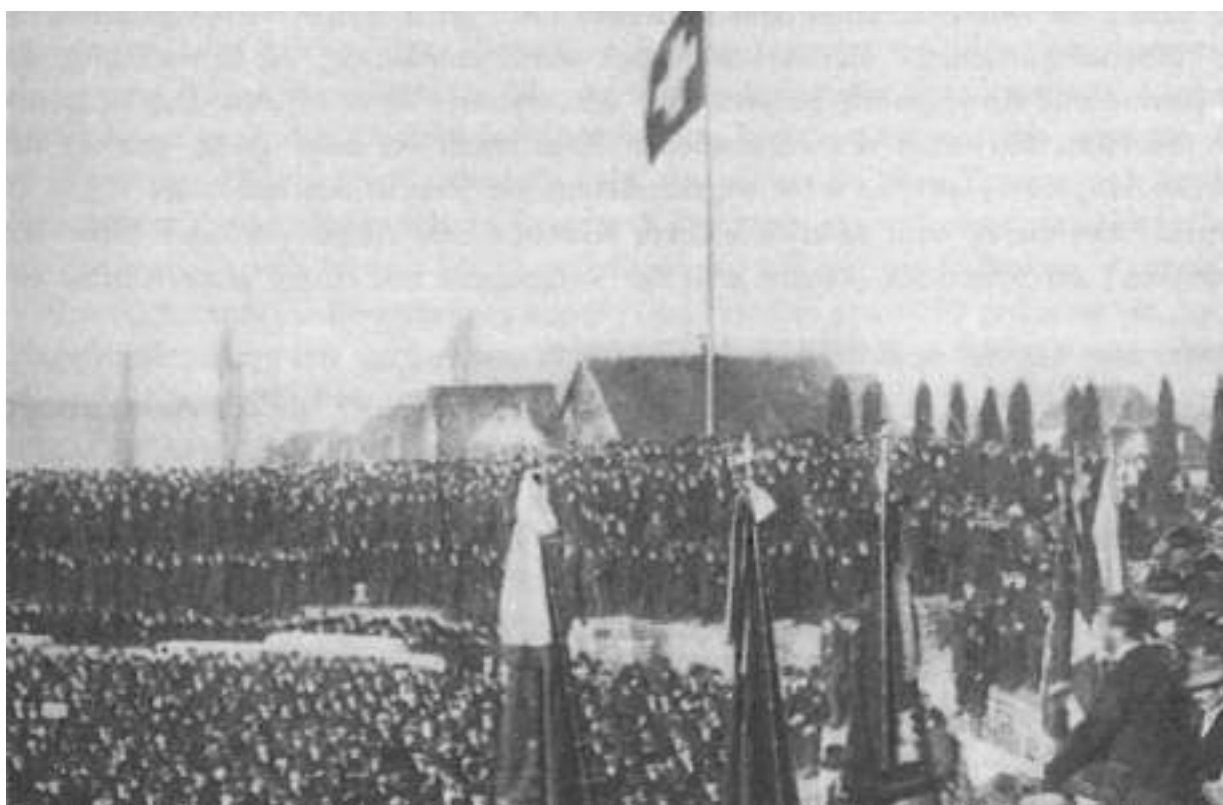
Schweizerischer vaterländischer Verband als wichtiger Akteur

In diesem Klima war der Schweizerische Vaterländische Verband (SVV) ein bedeutender Akteur und Ausdruck der reaktionären Politik. Im November 1918 entstand die Aargauische Vaterländische Vereinigung, fünf Monate später der Schweizerische Vaterländische Verband. Die beiden Organisationen waren so stark ineinander verflochten, dass sie zeitweise kaum zu unterscheiden waren. Bei der Gründungsversammlung 1918 im Amphitheater von Windisch nahmen 12'000 Reaktionäre aller Couleur teil, die NZZ zollte der rechtsgerichteten Versammlung grössten Respekt. Die zentrale Figur dieses Vereins war der BGB-Nationalrat (heute SVP) und spätere Nazi-Sympathisant Eugen Bircher. Finanziert wurde der SVV primär von Unternehmensverbänden und Banken, welche als Gegenleistung vom verbandseigenen Nachrichtendienst Informationen über bevorstehende Streiks erhielten. Der SVV betrieb eine «Streikabwehr», bestehend aus freiwilligen Streikbrecher-Strukturen. Der SVV war von einem zutiefst antiproletarischen Geist beseelt, verfügte aber über einen klassenübergreifenden Charakter, ganz dem Bürgerblock entsprechend.

Der Landesstreik hatte für den SVV während seiner gesamten Geschichte eine konstituierende Funktion. Der Antikommunismus wurde stets mit der realen Revolutionsgefahr begründet. Vor diesem Hintergrund wurde selbst jeder reformistische Versuch und generell alles scheinbar Linke bekämpft.

Antikommunistischer Nachrichtendienst

In den Anfangsjahren war der SVV primär eine mitgliederstarke, oftmals bewaffnete Bürgerwehr. So zählte alleine die Zürcher Stadtwehr rund 10'000 Mitglieder. Anfangs der Dreissigerjahre nahm die allgemeine Begeisterung für den SVV ab, die Revolutionsgefahr erschien nicht mehr als akut. Der SVV zählte in dieser Zeit bloss noch 5'000 – 7'500 Mitglieder schweizweit, Parlamentarismus und bürgerliche Politik wurden den Antikommunisten wichtiger. Ausserdem intensivierte



Reaktionäre Gründungsversammlung – Windisch im November 1918

der SVV seinen vereinseigenen Nachrichtendienst, um echte und vermeintliche Linke dem schweizerischen Staat zu verpfeifen. Der SVV-Nachrichtendienst arbeitete immer eng mit dem schweizerischen Staat zusammen. Nach der Gründung der Bundespolizei 1935 ging die Zusammenarbeit weiter. Diverse staatliche Ermittlungen wurden aufgrund sehr vager Denunziationen des SVV aufgenommen.

Antikommunismus der Dreissigerjahre und Nachkriegszeit

Die «Genfer Unruhen» von 1932 kamen dem geschwächten SVV zur rechten Zeit, um sich wieder als bedeutendste antikommunistische Kraft in Stellung zu bringen. Als Genfer Unruhen wurde die antifaschistische Mobilisierung verstanden, bei der dreizehn Antifaschisten von Armeeernoten erschossen wurden. Der SVV stellte diese Mobilisierung ideologisch in eine Kontinuität zum Landesstreik.

In diesem Klima rückte auch die SP weiter nach rechts, um sich dem bürgerlichen Staat anzubiedern: Im Parteiprogramm von 1935 bekannte sie sich zur Landesverteidigung und gegen die Diktatur des Proletariats. Auch war dies die Zeit des Arbeitsfriedens zwischen Unternehmerverbänden und Gewerkschaften (1937) und die ArbeiterInnenbewegung war gerade dabei, mit der Streikfähigkeit ihre wichtigste Waffe vertraglich abzugeben. 1943 wurde die Kommunistische Partei verboten – der schweizerische Staat fürchtete Unruhen zu kriegsende, ähnlich wie dies nach dem 1. Weltkrieg mit dem Landesstreik der Fall war. Der SVV schrieb sich diesen «Erfolg» auf die Fahne – er war die Triebfeder hinter dem antikommunistischen Verbotverfahren. Nach dem Zweiten Weltkrieg verlor der SVV dann deutlich an Bedeutung – in den Siebzigerjahren übte er sich primär in der Selbstbeweihräucherung und alten Heldengeschichten sowie Parteinahme für den «Subversivenjäger» Ernst Cincera. Primär war eine Mitgliedschaft im SVV zu dieser Zeit hilfreich um in Armee, Politik und Wirtschaft Karriere zu machen.

Reaktionäre Kontinuitäten bis heute

Gegen aussen vertreten die Vaterländischen heute noch, dass sie sich gegen «links- und rechtsextreme Strömungen im Innern» stellen würde. Faktisch waren sie der nationalen Front und anderen rechtsextremen Organisationen immer nahegestanden. Antikommunismus und reaktionäre Politik haben in der Schweiz Kontinuität. Die Vaterländischen haben zwar ihre Bedeutung eingebüsst, es sind aber andere Kräfte in die Bresche gesprungen. Seit dem Anfang der Neunzigerjahre hat die SVP einen rasanten Aufstieg verzeichnen können.

Ihr ist es gelungen, Neoliberalismus mit Nationalismus zu paaren und gleichzeitig für Bauern und Banker wählbar zu sein. Dieses «Erfolgsmodell» wurde europaweit kopiert. In Abwesenheit einer starken ArbeiterInnenbewegung eint sich die SVP über vermeintlich äussere Feinde, «fremde Richter» und AusländerInnen. Sozialstaat wird durch nationale Identität ersetzt: Natürlich ist die SVP-Politik überaus antiproletarisch. So mag es nicht zu erstaunen, dass einer der schärfsten SVP-Hunde heute den Vaterländischen vorsteht. Es ist Andreas Glarner aus Oberwil-Lieli. Am 11. November 2018 feiert er in Aarau gemeinsam mit seinesgleichen

100 Jahre Aargauische Vaterländische Vereinigung. Dies ist primär die Feier des Bürgerblockes und der Zerschlagung des Landesstreikes.

Politische Klarheit wird auf der Strasse vermittelt

Der schweizerische vaterländische Verband war nicht die einzige Organisation der schweizerischen Reaktion – und heute hat er praktisch seine gesamte Bedeutung eingebüsst. Aber an seinem Beispiel lässt sich die rechtsbürgerliche, antiproletarische «Bündnispolitik» in der Schweiz gut darstellen. Der Landesstreik ist mitunter ein Beispiel dafür, dass sich die Reaktion bewaffnet, wenn sie die Privilegien des Bürgertums in Gefahr sieht. Aus scheinheiligen bürgerlich-demokratischen Strukturen werden Bürgerwehren, sobald sich die Arbeiterklasse für ihre Interessen formiert. Das Konzept des friedlichen Überganges in den Sozialismus – von einer Reform zur anderen – entpuppt sich schon angesichts dessen als Illusion.

Die Sozialdemokratie und die übrige parlamentarische Linke streben heute nur noch sehr selten Reformen zugunsten proletarischer Lebensverhältnissen an. Sie behalten sich meistens als integraler und staats-tragender Grundpfeiler des bürgerlichen Staates. Während heute die rechts- und linksbürgerlichen Parteien mediale Scheinschlachten veranstalten, sind sie sich hinter den Kulissen weitgehend einig: Die bürgerliche Gesellschaftsordnung muss in jedem Falle gewahrt werden. Der Antikommunismus ist in nicht-revolutionären Zeiten und in Abwesenheit der Systemkonkurrenz durch die Sowjetunion zwar nicht mehr vordergründig. Aber die Bürgerblockpolitik von 1918 und ihre Ideologie prägt die schweizerische Politik bis heute. Um dieser Politik etwas entgegenzusetzen, hilft eine linke Politik, die ihr Potenzial da ausspielt, wo historisch ihre Stärke liegt: Auf der Strasse statt in den Parlamentsgebäuden.



BERLIN • 28-29 SEPT. 2018 • RHI-SRI.ORG

Fortsetzung von Seite 1

Hier soll die widersprüchliche Funktion des OAK deutlich werden. Durchaus enthielt das «Bürgerkriegsmemorial», welches Robert Grimm (der den Streikabbruch später verteidigte) dem OAK vorgelegt hatte, einen revolutionären Punkt:

«4. Die Anwendung des allgemeinen Streiks als unbefristete Massnahme, die zum offenen revolutionären Kampf und in die Periode des offenen Bürgerkrieges überleitet. [...] Der Sturz der bürgerlichen Herrschaft ist das Ziel».

Nur fanden bereits revolutionäre Worte keine geschlossene Zustimmung im OAK, wegen der «nicht-einschätzbaren Folgen». Auf Seiten des Bundesrats wurde damit gedroht, im Falle eines Landesstreiks die Militarisierung des öffentlichen Personals vorzunehmen, was deren Unterstellung unter das Militärgesetz und die Militärgerichtsbarkeit umfasste. Am ersten «Allgemeinen Schweizerischen Arbeiterkongress» vom 27./28. Juli 1918 stellte das OAK einen Forderungskatalog mit elf reformistischen Punkten auf. Bereits zu Beginn des Kongresses lag die negative Antwort des Bundesrats vor. Dies provozierte die erste Landesstreikdrohung. Zur Tat geschritten wurde nicht, was Skepsis der ArbeiterInnenklasse gegenüber dem OAK hervorrief.

Dem wachsenden Widerstand der ArbeiterInnen setzte der Bürgerblock seine gestärkte politische Macht entgegen. Wichtige propagandistische Zeitungen der ArbeiterInnenorganisationen wurden verboten (Freie Jugend, Jugend-Internationale, Die Forderung). Hinzu kamen paramilitärische Bürgerwehren aus der bürgerlichen Zivilgesellschaft (siehe Beitrag zum Schweizerischen Vaterländischen Verband). Jegliche Repressionsmassnahmen heizten die Kampfbereitschaft der revolutionären Linken an; die erwähnte Sozialdemokratische Jugendorganisation, die Arbeiterunion, die Gruppe Forderung, anarchistische Gruppen u.a. Weder der Umstand, dass im Zuge des Krieges Errungenschaften wie das Demonstrations- und Versammlungsrecht sowie das Fabrikgesetz zu weiten Teilen ausgehebelt wurden, noch die im Herbst 1918 tobende «Spanische Grippe», die weltweit 50 Millionen Menschen dahinraffte, hielten die Menschen von der Strasse fern (in der Schweiz gab es 25'000 registrierte Fälle).



Am zweiten Streiktag, dem 13. November, stehen sich Streikende und Kavallerie beim Paradeplatz unmittelbar gegenüber.

Die revolutionäre Stimmung des schweizerischen Proletariats wurde nicht nur von inländischen Ereignissen, Erfolgen und Enttäuschungen angeheizt. Die Revolution (1917) bzw. Räterepublik in Russland sowie die revolutionären Bewegungen in Österreich und Deutschland, motivierten ebenfalls. All diese Ereignisse flossen der Bourgeoisie tüchtig Furcht ein. Am 7. November 1918 bewilligte der Bundesrat die militärische Besetzung Zürichs, «angesichts inländischer wirtschaftlicher und politischer Spannungen». Und aus Angst vor dem «Bolschewismus» veranlasste er am 8. November 1918 die Ausweisung der sowjet-russischen Gesandtschaft. Für den 9. November wurde für 19 Städte durch das OAK ein 24-stündiger Proteststreik ausgerufen (die Arbeiterunion in Zürich wollte den Streik fortführen). Zum Jahrestag der russischen Revolution organisierten Arbeiterunion und Sozialistische Jugend eine Kundgebung. Unter der Führung von Divisionsgeneral Emil Sonderegger

wurde die Versammlung auf dem Fraumünsterplatz zuerst zugelassen und anschliessend durch Infanterie und Kavallerie aufgelöst, mittels Warnschüssen, Säbeln und Bajonetten.

Diese Zwischenfälle forderten eine Verschärfung des Kampfes. Hinzu kamen Berichte von revolutionären Strassenkämpfen in Berlin und der Kapitulation des deutschen Kaisers. Für den 11. November rief das kantonale Gewerkschaftskartell in Zürich den kantonalen Generalstreik aus. Das OAK zog nach. Je nach Quelle beteiligten sich zwischen 250 000 bis 400 000 Streikende vom 12. bis zum 14. November am landesweiten Streik. Trotz erfolgreichem Verlauf wurde nicht in die revolutionäre Phase des «Bürgerkriegsmemorial» übergeleitet. Am Donnerstag 14. November kapitulierte das OAK vor dem Ultimatum des Bundesrats angesichts des militärischen Truppenaufgebots und zur Verhinderung eines revolutionären Bürgerkriegs und verkündete den Streikabbruch. Die Holz- und Metallarbeiter Zürichs streikten weiter bis zum Wochenende. Willi Münzenberg, eine in diesen Tagen nach Deutschland ausgewiesene Führungskraft der Sozialistischen Jugend kommentierte:

«Durch diesen feigen Verrat verloren viele Arbeiter den Glauben an die Revolution und wandten sich in Massen von dem Aktionskomitee und den Führern ab».

Nicht die Stärke des bürgerlichen Gegners, nicht die eigene Entkräftung oder Entmutigung, sondern die feige und treulose Haltung der Streikführung habe zum Abbruch geführt. Lediglich zwei der neun reformistischen Forderungen, die 48-Stunden-Woche sowie der Nationalratsproporz, konnten in Folge des Landesstreiks durchgesetzt werden.

Der Landesstreik markiert den revolutionären Prozess

Im Anschluss an den Landesstreik folgten Lohnkämpfe und Streiks, an denen sich Zehntausende beteiligten. Ein weiterer Generalstreik stand im August 1919 bevor, er blieb aber auf Basel und Zürich beschränkt und wurde durch Polizei, Militär und freiwillige Bürgerwehren niedergeschlagen; sechs Menschen wurden getötet. Auch die Entstehung der Kommunistischen Partei ab 1918 liegt mitunter in den Ereignissen der Kriegsjahre begründet.

Weshalb scheiterte der Landesstreik? Die örtlich erfolgreichen Verläufe des Landesstreiks wurden

durch die Beteiligung und Führung der partei- und gewerkschaftlichen Linken gesichert, doch die nationale Streikführung lag in den Händen der Reformisten. Ein weiteres Problem war das fehlende Bündnis mit der Bauernschaft. Bauern profitierten von der Nachfrage nach Nahrungsmitteln während des Krieges und liessen sich durch die Bourgeoisie instrumentalisieren. So wurden beispielsweise für militärische Einsätze gegen die Arbeitenden durch den Bundesrat gezielt Truppen aus bäuerlichen Kantonen bestimmt. In der Schweiz war die Klein- und Mittelbauernschaft zahlreich. Wären Grossbauernbetriebe verbreitet gewesen, hätten sich die LandarbeiterInnen allenfalls dem revolutionären Kampf angeschlossen. Fest steht: Für den Landesstreik 1918 konzentrierte die ArbeiterInnenbewegung ihre Kräfte und brachte das Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit für die Schweiz bisher einzigartig ins Wanken.

KOMMENTAR

Die Geschichte in die eigenen Hände nehmen

Der Landesstreik von 1918 war der schweizerische Ausdruck eines europäischen, revolutionären Kampfzyklus. Er war unbestritten ein bedeutendes Ereignis in der Geschichte der schweizerischen ArbeiterInnenbewegung und der revolutionären Linken. Hundert Jahre später streiten sich rechte und linke HistorikerInnen über die Bedeutung des Landesstreikes. Die einen feiern die Niederschlagung des Landesstreiks als Sieg über den «Bolschewismus». Andere wollen die Geschichte im besten Falle reformistisch definieren. Einig sind sie sich, dass höchstens einige isolierte Spinner eine revolutionäre Umwälzung anstrebten. Ähnliches ist in diesen Tagen in Kiel zu beobachten: Dort werden die aufständischen Matrosen von 1918 als Vorkämpfer der bürgerlichen Demokratie gefeiert. Diese würden sich mit Sicherheit im Grabe umdrehen. Die herrschende Geschichtsschreibung ist eben immer die Geschichtsschreibung der Herrschenden.

Auch innerhalb der Gewerkschaftsbewegung wird der Landesstreik und seine Bedeutung debattiert. Man hört, dass die Geschichte des Landesstreiks eine Erfolgsgeschichte oder gar ein flammendes Beispiel dafür sei, dass sich die Gewerkschaftsbewegung durch den Kampf viele Errungenschaften hätte sichern können. Der Landesstreik wird zur Gründungsgeschichte oder mindestens zur ersten grossen Kraftprobe der Gewerkschaftsbewegung stilisiert. Diese Sichtweise ist schönfärberisch. Der Landesstreik hat trotz einer langen Liste an Forderungen «bloss» das Proporzwahlrecht sowie die 48-Stunden-Woche beschert. Der Streik wurde von einer reformistischen und zaghaften Streikführung abgebrochen und dies bevor auch nur eine einzige Forderung erfüllt war.

Uns interessiert die Geschichte der ArbeiterInnenbewegung aus einem proletarischen und revolutionären Klassenstandpunkt. Dies mit dem Ziel, dass wir für unsere heutige konkrete Praxis die richtigen Lehren ziehen. Dazu gehört, in einer konkreten historischen Situation die eigenen Kräfte und jene der anderen Seite richtig einzuschätzen, taktische und strategische Bündnisse in gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen abzuwägen und keine Schönfärberei zu betreiben. Der Landesstreik lehrt unter anderem, dass die Schweiz heute nicht naturgegeben streikarm ist, sondern dass konkrete Entwicklungen dafür gesorgt haben, dass die Streiktradition ein Ende nahm: Eine Politik der reformistischen Zugeständnisse und des erzwungenen Arbeitsfriedens einerseits und eine erstarkte Reaktion auf der anderen Seite.

Dieser Entwicklung entgegenzuwirken und die klassenkämpferische Linke aus der Defensive zu bringen, heisst im Jetzt für eine klassenkämpferische Position einzustehen – ob auf der Strasse oder am Arbeitsplatz.

(az/agkk)

Zur Lage der Revolution in Rojava

ROJAVA Wir befragen eine kürzlich zurückgekehrte Genossin über die politische und militärische Lage, die Herausforderungen für die kurdische Freiheitsbewegung und die Wichtigkeit eines revolutionären Internationalismus.

(gpw) Im Grenzgebiet zwischen der Türkei, Syrien und dem Irak ist die Lage unübersichtlich: Frontverläufe verschieben sich, imperialistische Konflikte werden von verschiedenen Kräften direkt oder indirekt ausgetragen, staatliche Armeen verbünden sich mit islamistischen Terrorbanden. Und doch entwickelte sich genau dort ein revolutionäres Projekt, welches mehr Freiheit und Selbstbestimmung ermöglicht für alle in diesem Gebiet lebenden Menschen.

Du gehst seit längerem immer wieder nach Rojava. Was zieht dich dorthin?

Es ist spannend zu sehen, was in der Bevölkerung passiert und die politischen und militärischen Aspekte dieser Revolution zu verstehen. Das ist etwas, was ich seit 2015, also meinem ersten Besuch, versuche zu verfolgen. Diese Fragen sind es, welche meinen Aufenthalt dort bestimmen und ich mit ganz verschiedenen Menschen an unterschiedlichen Orten und Situationen in Rojava bespreche.

Wie war denn die Situation bei deinem letzten Besuch?

Ich war letztes Jahr unter anderem in der Nähe von Rakka. Es war dort schon klar, dass mit dem kurz bevorstehenden Fall des „Islamischen Staat“ IS eine Art Endpunkt erreicht werden würde. Die Verteidigung Rojavas in dieser Form, dem Vertreiben des IS und seiner Verbündeten, würde bald vorbei sein. Die Situation für die kurdische Freiheitsbewegung stand vor einer grossen Veränderung. Der Kampf von kurdischer und internationalistischer Seite gegen den IS war sehr erfolgreich. Aber der IS verschwindet nicht, nur weil ihr Projekt, das Kalifat zerschlagen wird. Ihre Strategien und Taktiken ändern sich. Der IS wird sich verteilen und Attentate auf kurdische KämpferInnen und UnterstützerInnen ausüben. Es war zum Zeitpunkt meines Besuches keine Frage, dass man Rakka gewinnen, das Kalifat zerschlagen und erste Schritte einer revolutionären Veränderung machen wird, ähnlich wie in Rojava.

Nicht nur der Sieg in Rakka, auch die Niederlage Afrin bedeutete etwas Neues.

Der Schrecken der militärischen Niederlage sitzt noch vielen Leuten in den Knochen. Man muss jetzt mit ein wenig zeitlicher Distanz versuchen zu verstehen, ob Afrin bereits Teil eines neuen historischen Moments ist.

Wie sieht die militärische Lage dort aus aus?

Man gibt nicht auf, auch wenn man sich zurückgezogen hat. Jetzt ist die Guerilla am Werk, das zeigt auch hier die neue Phase des Kampfes. Man geht davon aus, dass in dieser neuen Etappe die Guerilla wichtiger werden wird. Das Verhältnis von Guerilla und Bodentruppen muss neu definiert werden. Aber auch die Guerilla selbst muss neue Strategien finden. Man musste sich zurückziehen, aber man macht klar: Wir überlassen euch den Boden nicht so, dass ihr in Ruhe darauf leben könnt und werden ihn uns zurückholen.

Was ist speziell an Afrin?

Die Bevölkerung hat den Kampf nach Kräften unterstützt, indem sie zahlreich nach Afrin gegangen ist. Weil sie Rojava als etwas eigenes verstehen und die Revolution verteidigen und es nicht der Türkei und den reaktionären Kräften überlassen wollten. Diese Verteidigung durch die Bevölkerung kann als historisch sehr bedeutsam verstanden werden. Mit dem Rückzug wurde ein Schritt zurück gemacht, um die Bevölkerung zu schützen. Die geflüchteten Menschen wurden in Camps gebracht, welche nach einem revolutionären Model ähnlich wie in Rojava selbst aufgebaut sind. Die Meinungen und Erfahrungen dieser Menschen fliessen in die aktuelle Debatte ein.

Wie weiter nach Rakka und Afrin?

Die Bewegung versucht diese Fragestellung nicht einfach nur pragmatisch und taktisch zu beantworten. Sondern: In welcher historischen Phase befinden wir uns? An was für einem Punkt befindet sich die Revolution? Wie werden die Angriffe der imperialistischen und reaktionären Kräfte aussehen, wo die nächsten Angriffspunkte sein? Wenn wir davon ausgehen, dass



Direkt von der Front: „Wir als Frauen widerstehen allen Formen des Faschismus“

mit der Zerschlagung des Kalifats eine historische Phase zu Ende geht, dann ist die Frage nach dem wie weiter enorm wichtig. Bei meinem letzten Besuch war es zu früh genaue Antworten auf diese Fragen zu haben, aber ich merkte: Man begann nach diesen zu forschen.

Was hast du gemacht um ein möglichst gutes Bild der Lage zu bekommen?

Ich habe mir einen Diskussionsplan erstellt. Ich wollte wissen, ob die These der historischen Phase richtig ist. Ich konnte, zusätzlich zu vielen Alltagsbegegnungen, mit verschiedenen Teilen von YPG (Volksverteidigungseinheiten), YPJ (Frauenverteidigungseinheiten), dem Militärat Minbidsch, türkischen revolutionären Organisationen, Kantons Co-Vorsitzenden und diversen MediensprecherInnen sprechen.

Und was hast du bei denen vielen Gesprächen festgestellt?

Ich habe schnell gemerkt, dass auf Seiten der kurdischen Bewegung sehr intensive Analysen am laufen sind und diesen Fragen nicht aus dem Weg gegangen wird. Sie sind in einem nach vorne gerichteten Reflexionsprozess, der auch Kritik und Selbstkritik beinhaltet. Mich beeindruckte, dass von kurdischer Seite her klar die Botschaft kam: Wir müssen insgesamt eine Analyse haben und den Gesamtkontext unserer Kampfes verstehen. Taktische Gespräche habe ich natürlich auch viele geführt. Was mich aber wirklich beeindruckt hat, ist die Methode die sie dabei benutzten, die viele marxistische Elemente beinhaltete. Die Antworten helfen ihnen auf dem Gebiet der Diplomatie, der Politik, des revolutionären Prozesses und natürlich auf militärischer Ebene.

Was steht der kurdischen Freiheitsbewegung bevor?

Die direkte Konfrontation mit der Türkei und der NATO, nicht mehr über Stellvertreter wie dem IS. Anti-imperialismus und die antikapitalistischen Aspekte des Kampfes sind viel direkter. Es ist klar geworden, dass man von keiner der involvierten Mächte Unterstützung erwarten kann. Niemand hat die Bombardierung des türkischen Militärs gestoppt, ohne die die Türkei Afrin nicht hätte einnehmen können. Dieses grüne Licht der Imperialisten zur Bombardierung und Eroberung Afrins durch die Türkei wird analysiert und Pläne sich an die neue Lage anzupassen müssen erarbeitet werden.

Was bedeutet das für die InternationalistInnen?

Die Bedingungen, die sie erfüllen müssen, damit sie weiterhin Seite an Seite mit der kurdischen Bewegung kämpfen kann ändern sich. Sie müssen in Zukunft darauf vorbereitet sein auch gegen die Türkei und den Imperialismus zu kämpfen, nicht mehr nur geht den IS. Also muss die Ausbildung angepasst werden. Bisherige Konzepte sind zu überdenken damit man weiterhin Teil des Kampfes sein kann. Für die revolutionären türkischen Organisationen stellen sich die gleichen Fragen. Wenn sie in Kurdistan kämpfen, brauchen sie auch einen Plan wie sie den Kampf in der Türkei selbst führen. Denn auf diese Unterstützung ist Rojava angewiesen, wenn sie die Türkei in Schach halten will.

Es ist also eine spannende Phase?

Ja, weil es darum geht, dass InternationalistInnen, türkische Organisationen und die kurdische Bewegung gemeinsam diskutieren. Herauszufinden was das wo für wen bedeutet. Das verbindende Element muss entwickelt werden um den gemeinsamen Kampf kurdischer, türkischer und internationalistischer Kräfte zu ermöglichen.

Wie sieht es in den Kantonen aus, die die kurdische Freiheitsbewegung kontrolliert?

Dort wo das militärische weniger Raum einnimmt, werden die zivilen Aspekte der Revolution vertieft. Im Bereich der Frauen, der Bildung und der Medizin entsteht viel neues. Es gibt zwei Schienen: Der militärische Kampf und die Verankerung der Revolution innerhalb der Bevölkerung. Denn es wird nur verteidigt was einem selbst gehört und nicht wenn es von aussen angeordnet wird. Es wird also ein Raum geöffnet wo die Menschen ihre Angelegenheiten selber in die Hand nehmen.

Die Türkei droht immer wieder die Berge von Kandil anzugreifen.

Sie greifen Kandil an, weil sich dort das Herz und Hirn des kurdischen Kampfes befindet. Die Berge sind Teil einer langen Geschichte des kurdischen Befreiungskampfes. Das gilt es zu schützen. Es geht darum diesen Krieg, bei dem die USA Drohnen schicken und die Türkei Bomben abwirft, öffentlich zu machen und unsere Seite auch propagandistisch zu unterstützen.

Warum ist die kurdische Freiheitsbewegung so wichtig?

Sie kann im Moment als eine der wenigen revolutionären Bewegungen weltweit Analysen über historische Etappen machen. Von ihren strategischen Überlegungen, ihrer Perspektive und Kontinuität können wir alle profitieren. Sie ist eine Bewegung die auf eine lange Geschichte zurückblickt und diese für den aktuellen Kampf und die Perspektive zu nutzen weiss. Aus der Geschichte lernen zu können, nicht dogmatisch zu sein, sich eine Perspektive zu sichern und sich immer wieder der Situation neu anpassen: Das ist von unschätzbarem Wert. Solange die kurdische Bewegung diese Eigenschaften hat, wird es für die Gegenseite sehr schwer sie aufzuhalten.

Was bedeutet das für uns?

Es ist wichtig, eine Bewegung zu ihrer Verteidigung hier auf die Strasse zu bringen. Es lohnt sich, dahin zu gehen und die kurdische Bewegung zu unterstützen, gerade für alle die daran interessiert sind, den revolutionären Prozess auch hier voranzutreiben. Wir hier in Europa sind nach wie vor in der Defensive, während die Rechten viel mehr von der politischen und ökonomischen Krise profitieren haben. Es ist wichtig sich mit Rojava auseinanderzusetzen, weil wir Austausch mit erfolgreichen revolutionären Prozessen und Erfahrungen brauchen. Wir werden eingeladen Teil dieser historischen Erfahrung zu sein und zu lernen. Wenn es uns gelingt, ihre Erfahrungen hier zu nutzen, können wir eine Brücke schlagen. Und schlussendlich: Die Feinde die uns hier gegenüberstehen sind die gleichen die der Revolution dort im Wege stehen und einen Krieg möglich machen.

Wir nicht, aber Trump auch!

PROTEKTIONISMUS Die „Strafzölle“ des Donald Trump verschleiert die Tatsache, dass vor allem die EU und China keine Waisenknaben in Sachen Protektionismus sind.

(gpw) Seit das Trumpeltier seinen Handelskrieg losgetreten hat, ergehen sich die bürgerlichen Eliten in Europa und anderswo in Klagegeden über die Verletzung der freihändlerischen Heiligtümer. Gebetsmühlenartig predigen sie das Evangelium vom sogenannten komparativen Vorteil, welcher der Warenexport und –import allen Beteiligten bringen soll. Dabei erküren sie den klassischen politischen Ökonomen David Ricardo zu ihrem Apostel (vgl. Kasten).

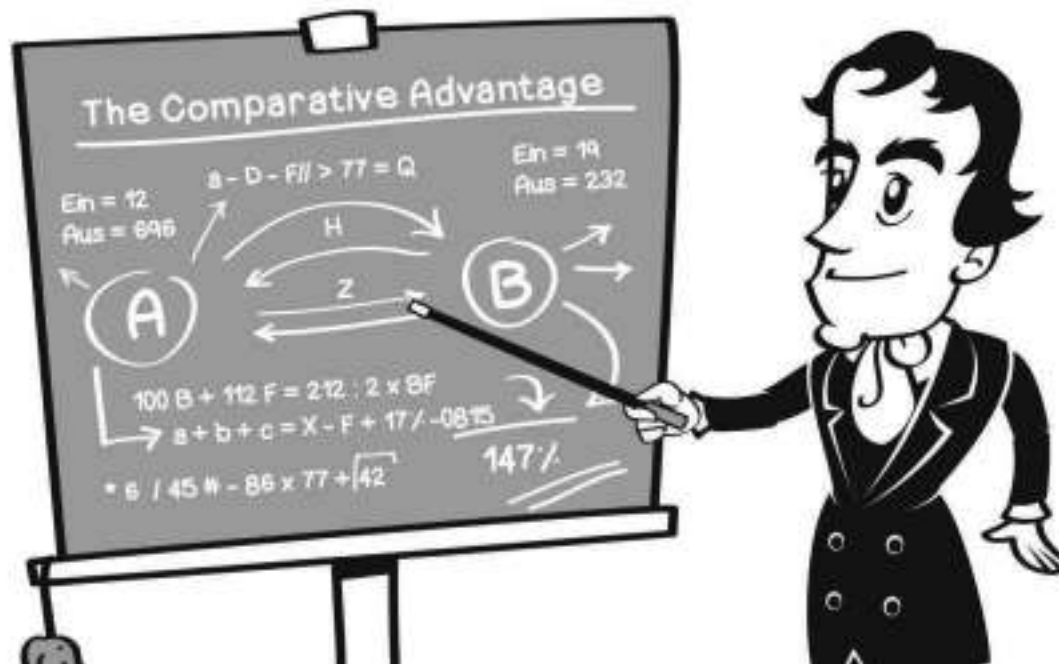
Wo Trump Recht hat

Mit seiner Klage, die EU, China und andere Länder würden die USA schon lange mit ihrer Handelspolitik übervorteilen, hat der amerikanische Präsident nicht einfach Unrecht. Allein im Stahlbereich erhebt die EU auf mehr als 40 Produktbereichen Strafzölle. Die EU erhebt auf importierte Personenwagen Einfuhrzölle bis 10%, die USA dagegen nur 2,5%. Amerikanische Pick-ups werden von der EU als Lastwagen eingestuft und daher mit einem Einfuhrzoll von 22 Prozent belegt. Aufschläge von 35-72 % für diverse chemische Produkte und 35-126 bei bestimmten Lebensmitteln und Süsstoffen sind Beispiele dafür, dass die EU bisher eindeutig protektionistischer ausgerichtet war als die Vereinigten Staaten. Und wen Chinas Präsident und Parteichef Xi Jinping schon am letzten Davoser WEF in den Chor der Freihandelsänger auftrat und bis heute als das durchgeht, finden wir das ähnlich absurd wie das Trumpeltier im Weissen Haus es auch findet.

Zumindest bei der ach so gehätschelten Landwirtschaft steht die Schweiz bezüglich Abschottung an vorderster Front. Und wenn „wir“ es vorziehen, kein Fleisch hormonbehandelter Rinder und keinen gentechnisch veränderten Mais zu essen, beteiligen wir uns am Aufbau sogenannter nicht-tarifärer Handelshemmnisse, was indirekt wie Zölle wirkt. Insgesamt also: Nicht nur Trump, sondern „wir“ auch.

Verschiebung der interimperialistischen Widerspruchsfronten

Der EU-Protektionismus richtet sich vornehmlich gegen die Volksrepublik: Von den 53 aktuellen «Antidumpingmaßnahmen» der EU betreffen 27 chinesische Hersteller. Gegen chinesische Stahlprodukte belegte die EU bereits 2011 Strafzölle von 48,3 bis 71,9 Prozent. Auf Solarpanele aus China verlangt die EU Mindestpreise und erhebt Strafzölle, was einer Abschottung von fast 50% entspricht. Hier liegen womöglich die Gründe, dass US-Trump und EU-Tusk das Handelskriegsbeil vorerst begraben haben. Andererseits erhöht z.B. BMW die Produktion seines Joint Ventures mit dem chinesischen Autohersteller Brilliance in Shenyang von zuletzt 400.000 auf 520.000 Fahrzeuge pro Jahr und reduziert seine Produktion in den USA, aus Angst vor chinesischen Einfuhrzöllen.



David Ricardo erklärt seine Theorie <https://www.youtube.com/watch?v=G5cJUV5rcH4a fj>

Protektionismus verschärft die Krise

Aber selbstverständlich ist es schon so, dass es die Krise verschärft, wenn sich die verschiedenen Kapitalfraktionen weltweit gegeneinander abschotten, also dem Protektionismus frönen. Das hat schon die grosse Krise der 1930er Jahre gezeigt, und die Architekten der Nachkriegsordnung von Bretton Woods versuchten alles, um diesen Fehler nicht zu wiederholen. Das ist ihnen im Laufe der Jahrzehnte auch teilweise gelungen: Mittels der WTO in Genf wurde eine Art Gerichtsbarkeit geschaffen, das Handelsstreitigkeiten im Dienst der Interessen des weltweiten Kapitals schlichtet. Dies gelingt aber wegen der krisenbedingten Verschärfung der internationalen Konkurrenz immer weniger.

Zölle und andere Abgaben an Staaten wirken wie Steuern: sie gehen auf Kosten der Profite der einzelnen Unter-

nehmen und senken also auch die Durchschnittsprofitrate. Das kann so weit gehen, dass sich Investitionen nicht mehr lohnen – eine Charakteristik der Kapitalüberproduktionskrise. Dieser kann durch den internationalen Handel ein Stück weit entgegengewirkt werden. Er macht es möglich, billiger an Rohstoffe und andere Produktionsmittel heranzukommen, so dass mehr für den Profit übrig bleibt. Ferner senkt der Import preisgünstiger Konsumgüter die Lebenskosten der ArbeiterInnen, was – langfristig und im Durchschnitt betrachtet – den Wert der Ware Arbeitskraft senkt. Mehrwert- und Profitrate steigen entsprechend. Es ist also das Kapital, das profitiert, wenn wir aus Billiglohnländern importierte Kleider bei H & M & Co. kaufen. Dass alle vom Welthandel profitieren entpuppt sie auch hier als das übliche bürgerliche Geschwafel.

Die Theorie des komparativen Vorteils

Wenn sich jedes Land auf die Produktion derjenigen Waren spezialisiert, die es unter den vorteilhaftesten Bedingungen herstellen kann, entstehe durch den Handel für alle ein zusätzlicher Gewinn. Und zwar auch für die ArbeiterInnen, weil für sie die notwendigen Konsumgüter billiger werden und sie mehr davon kaufen können. Das bewiesen zu haben sei das Verdienst von David Ricardo, dem zweiten grossen klassischen Ökonomen nach Adam Smith. Unterschlagen wird dabei zweierlei: Erstens senken billigere Konsumtionsmittel langfristig den Wert der Ware Arbeitskraft, so dass der entsprechende

Gewinn an die UnternehmerInnen fliesst und das Proletariat wie immer leer ausgeht; zweitens können Kapitale seit dem Übergang des Kapitalismus in die imperialistische Phase jederzeit von einem Land ins andere verschoben und so die Gewinne des einen Landes wieder abgezogen werden.

Die Reduzierung von Ricardo auf diese Theorie hat – wie die Reduzierung von Adam Smith auf die Theorie der „unsichtbaren Hand“, die alles zum Wohl aller regelt – den Vorteil, dass Karl Marx und der Klassenkampf aussen vor gelassen werden können. Dabei haben beide auf ganz anderen Gebieten wichtige Grundlagen für Marx' Analyse des Kapitalismus gelegt.

UNVERBREITETE NACHRICHTEN

Farbe statt Zement

Wir haben letzte Nacht (12. Juni 2018) den Sitz von LafargeHolcim in Oerlikon mit Farbe verschönert. Wir solidarisieren uns damit mit den Kämpfen in Rojava in Nordsyrien, wo eine emanzipatorische Gesellschaft inmitten von imperialistischen Kriegen, Faschismus und islamistischen Terror aufgebaut wird.

2016 wurde bekannt, dass Lafarge (kurz vor der Fusion mit Holcim zu LafargeHolcim (LH)) zwischen 2013 und 2014 mit der Terrorgruppe Daesh (IS) in Syrien kooperiert hat, damit die Produktion in der Fabrik in Syrien ungestört weiterlaufen konnte. Diese Fabrik in Syrien hat Lafarge 2007 gekauft und rund 600 Millionen Euro investiert. Das ist neben den Investitionen in die Ölförderung die grösste ausländische Investition in Syrien. So haben sie für die Sicherung ihres Profit beispielsweise Schutzgeld gezahlt und tragen daher eine Mitverantwortung für die menschen- und insbesondere frauenverachtende Gräueltaten des Daesh. LH ist der weltweit grösste Zementhersteller und ein hässliches Beispiel, welches zeigt, dass die Kapitalisten für ihre Profite über Leichen gehen.

Am 4. Mai 2018 wurde deswegen in Paris ein Ex-Mitarbeiter von LH verhaftet und der „Finanzierung des Terrorismus“ angeklagt, rund sechs weitere Führungskräfte sind ebenfalls der Terrorismusfinanzierung sowie

der „Gefährdung des Lebens anderer“ angeklagt. 2017 ist CEO Eric Olsen wegen der „Syrien-Affäre“ zurückgetreten; der Konzern räumt mittlerweile ein, dass er Geld an „bewaffnete Gruppen“ gezahlt habe. Gleichzeitig versucht er aber, Spuren zu verwischen: Im März 2018 klagte eine NGO gegen LH, da Dateien über die Terrorismusfinanzierung gelöscht worden seien.

Doch LH arbeitet für den Profit nicht nur mit Kriegsverbrechern zusammen, er spart auch beim Arbeiterschutz. Rund 151 ArbeiterInnen starben in den letzten zwei Jahren bei Arbeitsunfällen. Alarmiert durch diesen Missstand konnten die Gewerkschaften erreichen, dass der Konzern ein globales Rahmenabkommen zum Schutz der ArbeiterInnen ausarbeitet. Doch der neue, als gewerkschafts-feindlich bekannte Schweizer CEO Jan Jenisch verweigert seit Anfang 2018 trotz anderweitiger Versprechen die Unterschrift des Abkommens. Zynisch erklärt er, dass für den international agierenden Konzern „lokale Lösungen“ angebracht seien.

Als lokale Antwort auf die internationalen Verbrechen haben wir eine klare Antwort: Widerstand gegen die kapitalistische Profitgier, die über Leichen geht. Durch Verhaftungen oder Auswechsellern der Führungsebene lässt sich das nicht stoppen. Der Kapitalismus muss als Ganzes angegriffen und überwunden werden.

Genau dies wird in Rojava durchgeführt, eine emanzipatorische Gesellschaft jenseits von Ausbeutung und

Unterdrückung baut sich auf. Wir solidarisieren wir uns mit Rojava und den VerteidigerInnen dieses revolutionärer Projektes.

Überall ist Rojava – Überall ist Widerstand

<https://barrikade.info/Farbe-statt-Zement-1199>



Sozialdetektive: SVP übernimmt linke Errungenschaft

ÜBERWACHUNG Im März wurde eine gesetzliche Grundlage für den Einsatz von Sozialdetektiven geschaffen. Im Klartext: Die Überwachung von Versicherten wird massiv steigen.

(agafz) Ganz stolz zappelt der zürcher SVP Nationalrat Mauro Tuena vor der Kamera: sowas sei nur Dank dem langjährigen Druck der SVP möglich gewesen. Die Aussage bezieht sich auf das Sozialdetektive Gesetz, dessen Inhalt effektiv gut in das Konzept der SVP passt. Obwohl sich diese Partei den Kampf gegen vermeintliche Sozialschmarotzer auf die Fahne geschrieben hat, muss in diesem Fall der Gerechtigkeit halber schon präzisiert werden, dass sie nicht am Ursprung dieser Praxis steht. Diese brillante Idee ist nämlich der zürcher SP zu verdanken. Mehr dazu später.

Das Thema geriet erneut ins Zentrum der Aufmerksamkeit als die zwölf Jahre lang reibungslos funktionierende Praxis der Schweiz 2016 vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Strassburg aufgrund fehlender gesetzlicher Grundlage verurteilt wurde. Deshalb beeilte sich das Parlament, aber auch Mauro Tuena mit einer persönlichen Initiative, Gesetzesvorschläge auf die Beine zu stellen und baldmöglichst zu verabschieden. Nun soll es für diverse Versicherungen, also AHV, IV, Krankenkassen, Unfallversicherungen, usw. möglich sein, ohne richterlichen Entscheid, über die Überwachung von Versicherten zu befinden und Massnahmen bis zum Einsatz von Drohnen anzuordnen. Denn nun darf man die Leute nicht nur auf öffentlichem Grund überwachen sondern auch an allen Orten die man vom öffentlichen Grund (oder Himmel) ausspionieren kann. Auch sollen GPS-Tracker eingesetzt werden können. Die Empörung scheint beim politischen Establishment gross zu sein, Einzelfälle werden hoch angeprangert und sorgen für Skandal. Ganz viel weniger dienstbeflissen scheinen die Damen und Herren gegen Steuerbetrug vorzugehen zu wollen. Das sei was ganz Anderes meinen sie, beim Einen werden

vom Staat Leistungen bezogen auf die man kein Anrecht hat, beim Anderen gibt man ihm lediglich nicht, was man ihm schuldet. Vollkommen einverstanden: es ist was ganz Anderes, beim ersten handelt es sich um ein Paar Millionen und beim letzteren geht es um andere Beträge: die Zahlen sind ähnlich, einfach in Milliarden ausgedrückt.

Hauptsache nach unten treten

Aber was denn? Das Wichtigste am Ganzen sind nicht die laut herausposaunten finanzpolitischen Motiven sondern mehr das « Treten nach unten ». Hetze gegen diejenigen die nicht in das kapitalistische Wertungsschema passen soll eine Grundlage für eine ideologische Einbindung bieten. Höhere Arbeitslosigkeit, Mieten und Krankenkassenprämien sorgen für steigende Unzufriedenheit, die sich verschärfenden Arbeitsbedingungen und schlechteren Pensionsaussichten für sinkende Lebensqualität. In dieser Situation kann die Verbindung zwischen den Verlierern des Systems und den Verfechtern dieser Ordnung nur noch über die Gemeinsamkeit eines vermeintlichen Feindes zustande kommen. Die SVP pflegt diese Marketing Option seit Jahrzehnten vorbildlich. Diese Volks- Bauern- und Arbeiterpartei ist eigentlich die Partei der Stinkreichen, der Sozialpartnerschaft, des Freihandels und Sozialabbaus. Um diese innere Widersprüche zu überwinden braucht es solide, schon fast eines mythologischen Status werte Feindbilder. In ersten Linie sind es Asylsuchende, Flüchtlinge, die EU, Muslime und AusländerInnen überhaupt. Aber auch SozialhilfebezügerInnen, IV-RentnerInnen, Arbeitslose und alle die die neoliberale Erfolgsgeschichte nicht anpacken konnten.

SVP oder SP, Original oder Kopie ?

Das von der SVP benötigte Hassklima, welches hervorragende Rahmenbedingungen für die schweizer Politik bietet, wird von den anderen Parteien sauber unterhalten. Siehe das humanitäre Jahrzehnt von der Sozialdemokratin Simonetta Sommaruga beim Polizei- und Justizdepartement (Sonderflüge, Haftlager, Unterstützung für Frontex, Abschaffung des Botschaftsasyls,

Abweisung eritreischer Flüchtlinge, usw.). Im Kanton Zürich sorgt SP Regierungsrat Mario Fehr für dieselbe Politik. Was die Überwachung mittels Sozialdetektiven angeht, muss man sagen, dass diese (progressive ?) Idee in einem kreativen Schub eines Sozialdemokratischen Geistes entstanden ist: Sozialdetektiven wurden in der Stadt Zürich vor etwas mehr als zehn Jahren dank dem Impuls des damaligen SP-Präsidenten Koni Loepfe eingeführt. Etwas muss man in diesem Fall schon zugeben: sie haben es nicht kopiert sondern sind selber darauf gekommen.

Radio Widerspruch



Immer am ersten Samstag im Monat geht die Sendung "Widerspruch" auf dem Winterthurer Radio Stadtfilter über den Äther (96.3.) bzw. übers Kabel(107.35) oder Internet (www.stadtfilter.ch).

Zwischen 16.00 und 18.00 wird jeweils über ein aktuelles politisches Thema berichtet und diskutiert. Ein politisches Musikprogramm und Veranstaltungstipps runden die Sendung ab.

www.winterthur.aufbau.org

Kriegsexport leicht gemacht

WAFFENXPORTE Die Schweizer Rüstungsindustrie drückt auf die Tränendrüse und der Bundesrat lockert die Kriterien für Waffenexporte. Dies vor allem dank bester Verbindungen von Politik, Industrie und Armee.

(gpw) Eine Mehrheit aus SVP und FDP im Bundesrat haben Mitte Juni entschieden, dass Schweizer Kriegsgüter wieder in sogenannte Krisenländer geliefert werden dürfen. Begründet wird dies damit, dass «in der Schweiz [...] eine an die Bedürfnisse der Landesverteidigung angepasste industrielle Kapazität auch in Zukunft sichergestellt werden» soll. So soll es nach dem Willen des Bundesrats «in Zukunft möglich sein, unter gewissen Umständen Kriegsmaterialausfuhren nach Ländern, die in einen internen bewaffneten Konflikt verwickelt sind, zu bewilligen.» Einzelne Bewilligungen sollen erteilt werden können, «wenn kein Grund zur Annahme besteht, dass das auszuführende Kriegsmaterial im internen bewaffneten Konflikt eingesetzt wird».

Übersetzt heisst das beispielsweise: In Land X ist Bürgerkrieg und dieser wird grösstenteils auf dem Land ausgetragen. Entsprechend darf die Schweizer Rüstungsfirma Kriegsmaterial für die Marine liefern, denn diese greift der staatlichen kruden Logik nach nicht militärisch ein, solange der Krieg nicht auf dem Wasser stattfindet. Doch man muss technisch nicht sonderlich bewandert sein, um sich auszumalen, wie schnell gelieferte Waffen umfunktioniert werden können und so bestens in nicht ursprünglich vorhergesehenen Bedingungen eingesetzt werden können. Die Pilatus-Flieger sind die besten Schweizer Beispiele für derlei Kreativität. Diese werden als zivile Güter an Staaten geliefert, welche sie dann umfunktionieren, um sie als Luftwaffe einzusetzen. So geschehen im Tschad, Mexiko oder Burma.

Im ersten Halbjahr 2018 haben Schweizer Rüstungsunternehmen Kriegsmaterial in 57 Staaten im Wert von 205 Millionen Franken exportiert. Das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) hält in der von ihr veröffentlichten Liste nur das Bestimmungsland fest. Es bleibt also unklar, was danach weiter mit dem Kriegsmaterial geschieht. Nach Deutschland, dem Tabellenanführer, wurden Rüstungsgüter im Wert von 47,7 Millionen CHF geliefert. Darauf folgt an zweiter Stelle die USA mit 32,5 Millionen CHF. Beide Staaten liefern wiederum Waffen an das reaktionäre Regime in der Türkei.



Schweizer Rüstungsindustrie soll gestützt werden.

Trotz Millionenexporten ertönen von der Rüstungsindustrie die üblichen sich einem Mantra ähnelnden Phrasen: Die Situation der schweizerischen Wehrtechnikindustrie sei angespannt und die «sicherheitsrelevante Technologie- und Industriebasis [...] gefährdet». Es wird mit dem internationalen Standortwettbewerb und einem begrenzten nationalen Markt argumentiert. Daher «soll die Aufrechterhaltung der Industriebasis als eigenständiges Kriterium im Bewilligungsverfahren berücksichtigt werden.» Das heisst soviel, dass ein Exportgeschäft bewilligt werden kann, sofern dies der hiesigen Rüstungsindustrie zur Sicherung ihrer Profite dienlich ist.

Interessensgruppe im Parlament

Möglich wurde diese Lockerung durch das intensive Lobbying der Rüstungsindustrie und deren Interessensvertreter im Parlament, dem «Arbeitskreis Sicherheit und Wehrtechnik (aswu)». Dieser Arbeitskreis will unter anderem «akzeptable Rahmenbedingungen, um auf dem zunehmend internationalen und vernetzten Markt zu bestehen, d.h. reale Exportmöglichkeiten für die Schweizer Rüstungsindustrie.» Mit der Anpassung der Kriegsmaterialverordnung haben sie ihre Aufgabe mehr als gut gemacht.

Die aswu zählt 78 Mitglieder (Stand August 2018) und besteht vor allem aus aktiven und ehemaligen National- und StänderätInnen des gesamten bürgerlichen Spektrums (CVP, FDP, BDP, SVP). Dazu gesellen sich Vertreter der Industrie wie der ehemalige Präsident der Schweizer Maschinenindustrie Peter Dietrich; die ehemaligen Rüstungschefs Alfred Markwalder und Jakob Baumann; Personen aus der Armee und deren Verbänden, beispielsweise Stefan Holenstein (Präsident der Schweizerischen Offiziersgesellschaft), Arthur Liener (Generalstabchef a.D.) oder Urs Ramseier, dem ehemaligen Präsident der Schweizerischen Gesellschaft Technik und Armee. Präsiert wird die aswu in Konkordanzmanier von drei NationalrätInnen: die Aargauer FDPlerin Corina Eichenberger, dem Friburger SVPler Jean-François Rime und dem Urner CVPLer Isidor Baumann. Die aswu ist bestes Anschauungsmaterial für die Verflechtung von Politik, Industrie und Armee.

2008 wurden im Hinblick auf eine Abstimmung, die ein generelles Waffenexport forderte, die Regeln verschärft. 2014 gab es bereits eine erste Lockerung, nun folgt die Nächste. Es bleibt abzuwarten, wie weit der Bundesrat zur Stützung der heimischen Kriegsindustrie geht.

«Ich will Gleichheit, alles andere interessiert mich nicht»

ISREL-PALÄSTINA Wir haben mit einem jüdischen Marxisten aus Israel über die dortige Situation gesprochen. Die Lage ist nicht rosig, doch regt sich auch Widerstand.

(az) Kannst du dich kurz vorstellen?

Ich bin in erster Linie Marxist und palästinensischer Jude. Ich mag mich nicht als Israeli bezeichnen, da ich Israel als koloniales Projekt betrachte, als einen Apartheidstaat, den ich in dieser Form ablehne. Und wenn ich von Israel spreche, dann meine ich das Gebiet von 1948. Jude bin ich hingegen, nicht aus religiösen Gründen, sondern durch meine Familiengeschichte bedingt und durch meinen Status innerhalb der Gesellschaft. Heute ist «Jude» eine sehr komplexe Identität, der Zionismus hat sie noch komplexer gemacht.

Kannst du etwas über die Situation der Linken in den vergangenen Jahren erzählen? Wie sieht die Zusammenarbeit der palästinensischen Linken mit jenen in Israel aus?

Im Jahr 2000, beim Ausbruch der zweiten Intifada, brachen die Kontakte zwischen palästinensischen Kräften und jenen im offiziellen Israel fast völlig ab. Die Repression machte den Kontakt fast unmöglich. Und dies hatte durchaus Folgen. Es kam ein gegenseitiges Misstrauen auf, die PalästinenserInnen verloren an Zuversicht, bis 2004 war die schlimmste Periode diesbezüglich.

Mit der Intensivierung des Mauerbaus begannen sich die anarchistischen Kräfte in der Gruppe «Anarchists Against the Wall» zu organisieren. Sie brachen das Eis für eine erneute Aufnahme der Kontakte. Sie besuchten die palästinensischen Dörfer und bauten ihren Protest gegen den Mauerbau auf. Die AnarchistInnen sind eine kleine, aber wichtige Kraft, sie sind gut organisiert, kreativ und sehr engagiert und sie werden gehört. Anarchists Against the Wall ist eine Gruppe und zugleich ein Pamphlet, denn die Mauer steht sinnbildlich für die Gefängnissituation Palästinas. Die Westbank ist heute dreigeteilt, es gibt keine Bewegungsfreiheit, die Mauer wurde sogar durch Dörfer hindurch gelegt. Die Trennung ist radikal. Das meine ich, wenn ich sage, dass wir in einem Apartheidstaat leben.

Die Antwort des zionistischen Regimes auf die Anarchos war brutal, auch die Autonomiebehörde reagierte repressiv. Doch das Resultat war sehr positiv. Der Dialog der Linken auf den beiden Seiten der Mauer konnte aufgrund dieser Arbeit wieder aufgenommen werden. Der gemeinsame Protest half das Vertrauen wieder herzustellen, dass es jüdische Leute gibt, die anders denken als der israelische Staat.

Wie ist die Situation der traditionellen Linken in Israel?

Die ZionistInnen haben eine reformistische Linke auf ihrer Seite, doch wie in andern bürgerlichen Staaten sind diese staatstragend, sie lassen sich beispielsweise für den sogenannten Kampf gegen den Terror einspannen. Ich sehe auch wenig Perspektive für das sogenannte «Friedenslager». Sie wollen die Besetzung beenden, das ist ernst gemeint. Doch ihr Plan resultiert in einer Neukonfiguration des Kolonialismus, das heisst in einem Schutz des Zionismus und letztlich im Wunsch, in einer Gesellschaft nach westlichem Vorbild leben zu können. Die Vorstellungen des Friedenslager sind dadurch sehr eurozentristisch. Aber Israel ist ein rassistisches und kolonialistisches Regime. Ich will Gleichheit, alles andere interessiert mich nicht.

Und wie steht es um die Linke in den palästinensischen Gebieten?

Auch dort ist die Linke sehr schwach, desorientiert sogar. Die ehemalige KP ist sozusagen der linke Arm der Fatah geworden. Die PFLP ist in einer schweren Krise, genauso wie die DFLP. Obwohl die PFLP nicht auf sowjetischen Linie war, steckt die Partei seit dem Untergang der Sowjetunion in einer Krise. Dies hat natürlich auch mit der Repression zu tun. Kaum bildet sich eine starke Führung, wird diese von der zionistischen Regierung umgebracht.

Noch unterscheidet sich die Repression in Gaza und in der Westbank, doch die israelische Regierung arbeiten hart daran, das Repressionsniveau in der Westbank auf das Niveau von Gaza anzuheben. Ihr Argument ist die Verteidigung der jüdischen Siedlungen. Besonders zuspitzt ist die Situation in Hebron. Die israelischen Siedler besetzen in der Altstadt Häuser und vertreiben die jetzigen BewohnerInnen. Das Militär hilft ihnen dabei, dadurch können die Siedler tun und lassen, was immer sie wollen. Die Gemeinde von Hebron verhält sich ziemlich klug, sie hat öffentlich gesagt, die Siedler seien das Problem, mit JüdInnen würde die arabische Bevölkerung eigentlich gerne zusammen leben. Sie kritisiert die koloniale



Streetart in Westjordanland

Unterdrückung. In Hebron gibt es auch eine interessante Basis-Organisation, «the peoples comitee for defending Hebron». Deren AktivistInnen sind mehrheitlich palästinensisch, haben aber viele BündnispartnerInnen, auch in der Anti-Besatzungs-Bewegungen in Israel. Von diesen Menschen bin ich enorm beeindruckt, denn sie sinnen trotz der groben Unterdrückung nicht auf Rache und bleiben überzeugt internationalistisch. Sie behalten die Vision eines harmonischen Zusammenlebens und bemühen sich, Druck aufzubauen, damit die israelische Regierung das Militär und die Siedler rauswirft. Das ist eine wahnsinnige Leistung.

Und wie steht es um deine politische Organisation?

Meine Organisation ist Teil der National Democratic Assembly Party (Balad / Tajamoa), das ist ein linkes Bündnis. Die palästinensische Bevölkerung stellt innerhalb der Balad die Mehrheit dar. Leider ist die Klassenbasis nicht eindeutig, dennoch ist Balad wohl die wichtigste Kraft im Moment. Sie wird massiv angegriffen, auch intern gibt es grosse Differenzen, zum Beispiel ob es richtig ist, in der Regierung zu verbleiben. Wir sind jedoch die einzige Kraft innerhalb des offiziellen Israels, die ein antikoloniales Programm hat und eine Einstaaten-Lösung mit gleichen Rechten für alle fordert, das neue Land – wie immer dieser Staat heissen wird – soll ein Staat für alle sein.

In welcher Tradition verordnet ihr euch und wo steht ihr aktuell?

Die Schwäche der kommunistischen Partei hat zu Beginn der 1990er Jahren ein Vakuum hinterlassen. Das hat dazu geführt, dass Mitte der 1990er Jahre dieses Bündnis gegründet wurde. Sehr viele Ehemalige der kommunistischen Partei sind darin, ebenfalls ein Teil der PFLP. Unsere Führungskräfte werden dauernd angegriffen und vor Gericht gezerrt, weil sie angeblich den «Terrorismus» unterstützen sollen. Die Partei wird als 5. Kolonne bezeichnet, als Verräter. Natürlich wird sie von Reaktionären auch militant angegriffen. Zudem gibt es bürokratische Schikanen. So wird aktuell behauptet, dass unsere Buchhaltung nicht richtig geführt werde.

Die Partei ist relativ klein, deshalb dachte die Regierung, sie sei einfach zu bekämpfen. Aber das hat sich als falsch erwiesen, denn sie ist gut verankert, insbesondere in der arabischen Community. Die jüdischen Militanten wie ich hingegen haben es schwerer. Wir werden von den jüdischen Communities offen verachtet und angegriffen.

In Zusammenhang mit Kolonialismus und Besetzung arbeitet ihr auch zu anderen Themen, beispielsweise zur Gentrifizierung. Kannst du da etwas darüber erzählen?

In den israelischen Städten herrscht Wohnungsnot. Häuser sind rar und teuer. Gentrifizierung hat die gleichen ökonomischen Ursachen wie überall, aber der zionistische Staat erlaubt in dieser Frage ein besonders ruchloses Vorgehen. Gentrifizierung bedeutet hier stets auch ethnische Säuberung, sie ist klassistisch und rassistisch. Jaffa und andere mehrheitlich arabische Städte sollen vollständig gentrifiziert und eine jüdische, bourgeoise Bevölkerung eingeführt werden. Dagegen gibt

es Aktionskomitees. Es läuft beispielsweise gerade ein spezifischer Kampf um einen arabischen Friedhof, auf dem sie einen Luxuskomplex bauen wollen. Anders, aber auch heftig, ist es in Haifa. Da ist die Bevölkerung gemischt, in den Kaffees sitzen die Leute zusammen, du siehst auf der Strasse arabische und jüdische Kinder zusammen spielen. Das ist nicht üblich, an anderen Orten leben alle getrennt. Ausserdem fährt in Haifa am Samstag auch der öffentliche Verkehr, was im restlichen Land am Sabbat nicht der Fall ist. Deshalb wird Haifa von den Reaktionären angegriffen. Es wird versucht, reaktionäre AktivistInnen anzusiedeln, welche religiös-nationalistische Propaganda machen, sie propagieren z.B. die Bewahrung der «jüdischen Blutreinheit» und schüchtern gemischte Paare ein.

Ich führe das Beispiel der Gentrifizierung auch aus, weil dadurch etwas anderes klar wird. Die jüdischen Leute in Israel haben sehr westliche Probleme, beispielsweise Sozialkürzungen, Lohnkürzungen usw. Das sind schlimme Probleme. Aber die PalästinenserInnen kämpfen zu gleichen Zeit darum, überhaupt atmen zu können. Der Fall der Gentrifizierung zeigt, dass sich der Kolonialismus auch auf andere Themenfelder auswirkt. Entsprechend müssen wir die grossen politischen Konzepte wie den Kolonialismus in den täglichen Kampf integrieren können, dann hat unser Kampf auch Potential.

Welche Bücher kannst du den Leute empfehlen, die sich vertieft mit der Geschichte Palästinas auseinandersetzen wollen?

Spontan fällt mir Ilan Pappé ein, der gute historische Arbeit leistet, er hat deshalb auch seinen Job verloren und unterrichtet jetzt auswärts. Benny Morris hat sich, um seinen Job an der Uni zu behalten, von der Linken distanziert und sagt viel reaktionären Mist. Aber seine Werke sind wichtig, er hat viel Archivarbeit geleistet. Auch Avi Shlaim ist ein interessanter Historiker. Moshe Zuckermann ist natürlich immer gut, allerdings ist er kein klassischer Historiker.

Deborah Bernstein ist auf Frauengeschichte spezialisiert, sie hat ausserdem ein lesenswertes Buch über die gemeinsamen Kämpfe arabischer und jüdischer Arbeiter unter britischem Mandat geschrieben. Schliesslich kommt mir noch Zachary Lockman in den Sinn, ein Professor aus New York, politisch würde ich ihn als Eurokommunisten bezeichnen, doch sein Buch über die ArbeiterInnenklasse im Mittleren Osten hat mir sehr gefallen.

kommunismus lesen. aufbau abonnieren.

jahresabo 30 fr.
förderabos 50, 100 fr. oder nach Wahl



info@aufbau.org oder www.aufbau.org

Die Macht des Kochens

ESSKULTUR Essen stiftet Identität. Einerseits dient Esskultur der Reproduktion sozialer Unterschiede, wirkt aber auch als Abgrenzung zwischen den Herrschenden untereinander.

(agj) Das Gesprächsthema ist Schwedentorten. Die meisten lieben sie. Eine Person sagt, ihr schmecken die vom Coop am besten. Gelächter in der Runde. «Was vom Coop?» Die Person wird belächelt. Jemand entgegnet «Also die beste Schwedentorte kommt sicher vom Stocker» Die Coop-Schwedentorten-Person erwidert, das sei halt die gewesen, die sie zu Hause hatten. Die Runde setzt sich zusammen aus etwa gleichaltrigen und sozial gleichgestellten Menschen. Am Beispiel wird aber ersichtlich, wie soziale Unterschiede auch über den Küchentisch reproduziert werden. Der Soziologe Pierre Bourdieu hat den Geschmack verschiedener sozialer Gruppen erforscht. Er beschreibt, wie sich Angehörige bestimmter sozialer Schichten mittels Geschmack und Lebensstil von anderen abgrenzen und daraus ein Kampf um die gesellschaftliche Stellung resultiert. Die Esskultur ist nur ein Beispiel dafür. An erster Stelle stehen die ökonomischen Lebenslagen und davon abhängig die sozio-

deutlich, wenn man sich mit dem Begriff der Volksküche auseinandersetzt. Der Duden will uns weismachen, dass Volksküche ein anderes Wort für Armenküche ist. Wenn man aber proletarische Zeitschriften, die vor hundert Jahren publiziert wurden, betrachtet, werden gerade Massenküchen gefordert, die Speisung kollektiv organisieren, wie in der gewerkschaftlichen Zeitung «Die Vorkämpferin» 1918 geschrieben wurde: «Durch das starre Festhalten unserer Hausfrauen an ihrer Privatküche gehen aber unglaublich viel Zeit, Kraft und Geldwerte verloren. Obwohl der Gedanke der Massenspeisung kein neuer ist, scheiterte die Einführung, derselben immer wieder an überlieferten Vorurteilen und spiessbürgerlicher Verbohrtheit.»

Im Gegensatz zu den Formen kollektiver Ernährung eröffnete im Jahr 1780 in Paris das erste moderne Restaurant in dem die Gäste an separaten Tischen statt an grossen Gemeinschaftstafeln assen und verschiedene Gerichte von der Speisekarte wählen konnten. Mit der Entstehung dieser Art von Restaurants wurde der Bourgeoisie der Zugang in die Küche des französischen Hofes eröffnet. Heute gehören Forderungen nach Massenspeisung vielleicht noch im Arbeits- oder Schulalltag zu unserem Politikum, nicht aber im Privaten. Die Volksküchen sind aber immer

Drei Jahrzehnte nach der Einigung war es durchwegs nicht so, dass sich die BewohnerInnen mit dem neu geschaffenen Land identifizieren konnten. Kein Wunder, auch eine einheitliche Sprache hatte sich noch nicht durchgesetzt, viel mehr wurden die unterschiedlichsten Dialekte gesprochen. Von der Elite her gab es Bemühungen, mittels Literatur eine einheitliche Sprache, orientiert am Toskanischen, zu etablieren. Der Durchbruch für die Italienische Identifikationsfindung gab aber ein Kochbuch das 1891 erschienen ist. Der Autor sammelte Rezepte aus allen Teilen von Italien, wobei auch in diesem Buch der Süden beachtlich zu kurz kam, so war das südlichste Rezept aus Napoli. Dies lag an der Ignoranz des bürgerlichen Italiens am unterentwickelten Süden. Da dieser als rückständig erschien, war er für die Nationalitätsfindung nicht von Bedeutung.

Nation Branding

Nicht nur im 19. Jahrhundert wurden die Nationalküchen von den Nationalstaaten als Propaganda genutzt. Ein Beispiel für eine modernere nationale Identitätsstiftung ist die sogenannte Kimchi-Diplomatie. Diese begann damit, dass die koreanische Regierung 2009 ihre Nation im Beliebtheitsranking der Nationen nach oben bringen wollte. Sie erhofften sich so, die Exporte zu steigern und



Unterschiede in der Schweizer Küche: Polenta con Latte vs. Zürcher Geschnetzeltes

kulturellen Unterschiede. Sehr offensichtlich wird diese Diversität ebenfalls am Sprachgebrauch. Slangs werden oft als Sprache der sozial und ökonomisch schlechter Gestellten wahrgenommen. Diese Abgrenzungsunternehmungen funktionieren aber nicht nur von oben herab, sondern auch von unten gegen oben. Slangs werden auch bewusst gesprochen um sich von gehobenen Schichten abzuheben. Wenn wir uns mit der proletarischen Kultur auseinandersetzen, stehen dabei meist die Literatur, die Musik oder die bildenden Künste in verschiedenen Ausdrucksweisen in unserem Fokus, also alles Formen die für die Unterhaltung gedacht sind. Die proletarische Kultur soll eine Kultur sein, die die proletarische Klasse repräsentiert und ohne Einfluss der Bourgeoisie klar kommt. Kann man auch in der Esskultur proletarische Charakteristiken ausmachen?

Proletarische Esskultur

Die Esskultur der Arbeitenden unterschied sich schon immer von der der Bürgerlichen. Die Funktion von Essen war in erster Linie dem Überleben geschuldet. Genuss war im Hinblick auf den Mangel an Geld, mangelnder Zeit zur Zubereitung und gemeinsamer Tischrituale nebensächlich. Natürlich gab es auch bürgerliche ReformerInnen, die glaubten durch Aufklärung und Erziehung zur Verbesserung der Volksernährung beitragen zu müssen. Schuld an den unvorteilhaften Speisen sei die Arbeiterfrau, der es an Kenntnis über die richtige Ernährung mangle. Die herausgegebenen Ratgeber gingen dann aber nicht auf die realen Lebensbedingungen von Arbeitenden ein. Ratschläge zum Auftischen der Speisen oder Anstands- und Gesundheitsregeln bei Tisch verdeutlichen zwar die Absichten zur Integration der ArbeiterInnen in die bürgerliche Gesellschaft, muten aber doch angesichts der realen Lage eher wie Hohn an. Die Esskultur wird dabei aktiv als Abgrenzung zwischen Bürgertum und Proletariat benutzt. Doch was wäre denn nun eine proletarische Esskultur?

Proletarische Esskultur definiert sich weniger dadurch was man isst, sondern mehr wie frau isst. Dies wird

noch Teil unserer Politikultur. Dabei geht es gerade darum, auch Essen in einem kollektiven Rahmen zu organisieren und sich dabei zu vernetzen.

Ein anderer Zugang zur proletarischen Esskultur ginge direkt über die Gerichte. Wir betrachten aber zuerst nochmals die andere Seite: Das Zürcher Geschnetzelte ist ein typisches Gericht für eine gutbürgerliche Küche. Die Hauptkomponente ist Fleisch, das mit Champignons angereichert und mit Wein und Rahm verfeinert wird. Serviert wird diese Zubereitung mit Rösti, also geriebenen Kartoffeln. Man könnte nun anfügen, dass die Kartoffel dem Gericht eine gewisse Bodenständigkeit gibt. Doch die Kartoffel galt lange als Lebensmittel, das bessergestellten Schichten vorbehalten war. Bevor sie in Europa weitverbreitet kultiviert wurde, ernährten sich die ärmeren Menschen vor allem von Getreidebreien. Im Gegenzug zum Zürcher Geschnetzelten gibt es ein traditionelles Gericht aus dem Tessin, in dem Polenta in einem See aus kalter Milch gegessen wird. Die Unterschiede sind offensichtlich. Mais wurde vor allem in Südeuropa angepflanzt um eine Hungersnot zu überbrücken und wurde so zum Lebensmittel der ärmeren Schichten.

Nationalküchen

Die Italienische Küche ist ein gutes Beispiel dafür, wie Nationalküchen als identitätsstiftendes Moment in Staatsbildungsprozessen eingesetzt wurden. Dabei diente deren Verbreitung neben der Identitätsstiftung auch der Absonderung. Einerseits wurden andere Nationalitäten oder kulturelle Zusammenhänge, wie Regionen oder Ethnien als minderwertig propagiert, andererseits diente das Bild der Nation auch als Klassenkampf von oben. Bekannte italienische Gerichte wie zum Beispiel Bistecca alla Fiorentina bilden nicht ab, was die Mehrzahl der Bevölkerung gegessen und gekocht hat, sondern spiegelt die bürgerliche Kochkultur wider.

Viele Nationalküchen im engeren Sinne sind erst im Zusammenhang mit der Bildung der Nationalstaaten entstanden. Ein Beispiel dafür ist die Italienische Küche.

mehr TouristInnen ins Land zu bringen. Seoul hat 77 Millionen Dollar in eine Kampagne gesteckt, mit der koreanische Gastronomen im Ausland unterstützt wurden und somit die Anzahl koreanischer Restaurants vervierfacht wurde. Die Handelskammer für Landwirtschaft beauftragte die K-Pop-Band Wonder Girls zu den Zeilen: «It's a K-Food party, c mon everybody, make the smart choice!» Weitere Investitionen aus Seoul waren eine Fernsehserie in den USA und ein Kimchibus der durch die ganze Welt tourte. Die Investitionen haben sich dementsprechend gelohnt, so dass heute Kimchi zu den Top-Foodtrends zählt. Das Länderranking-Ziel wurde aber nicht erreicht.

Auch aus Peru lässt sich eine ähnliche Geschichte erzählen. Schon im Jahr 2006 hat die peruanische Regierung eine Kampagne gestartet mit dem Titel «Peru. Mucho gusto». Mit Foodmessen und der Unterstützung von Starköchen die als Botschafter in die Welt geschickt wurden haben sie es geschafft, dass Peru seit 2012 jedes Jahr den Reiseaward als weltweit beste kulinarische Destination gewonnen hat. Auch hierzulande macht sich der Peru Trend dank Ceviche und Quinoa bemerkbar. Auf die Schattenseiten der globalisierten Nahrungsmittelproduktion und den damit verbundenen irrsinnigen Transportwegen von Lebensmittel - gerade am Beispiel von Quinoa - geht dieser Artikel nicht ein, dazu fehlt der Platz. Es wäre aber sicher ebenfalls einen Artikel wert.

Patriarchale Strukturen am Esstisch

Die älteren Semester kennen die Situation vielleicht: Man sitzt am Familientisch, der Vater bekommt eine Wurst, die Kinder kriegen vielleicht ein Ruggeli ab, aber das Fleisch ist für den Herrn im Haus vorenthalten. Rousseau sagte dazu: „eine durchgreifende Erfahrung (ist), daß minder nahrhafte Speisen und Getränke, oder die nahrhaften in verringerten Gaben beim Weibe ausreichen.“ Ein weiteres Beispiel wie Esskultur zur Reproduktion von Macht im Alltag genutzt wird.

Kriminalisierung der Sexarbeit: Die Geschichte eines Irrwegs

SEXARBEIT Aktuell hetzt die Frauenzentrale für ein Verbot der Sexarbeit. In den Diskussionen zum Thema wird diese als «unmenschlich» und «hinterwäldnerisch» angeprangert. Anhand der Geschichte der Langstrasse wird gezeigt, mit welchen Argumenten die Forderung nach einem solchen Verbot befeuert wurde und wie sich darin die aktuelle Debatte einordnen lässt

(fk) Bereits in den 1980er-Jahren kam es zu einer Konfrontation um urbanen Raum im Quartier Aussersihl. Ab 1980 erfuhr nicht nur die Sexarbeit ein Wachstum, sondern weitere Orte sexueller Dienstleistungen durchlebten eine neue Reichweite. Nebst den Frauen auf der Strasse waren es Sexkinos, Sexshops und Massagesalons, welche sich anhäuferten und das sexuelle Angebot verdichteten. Gleichzeitig nahm die Anzahl freizügiger, anreizender Bilder in allerlei Medien zu. Man störte sich an der zunehmenden Präsenz des Sex im öffentlichen Raum: Es war die Rede von einer «Versexung Zürichs». Diese betraf nicht nur das Gebiet rund um die Langstrasse, sondern beispielsweise auch das Niederdorf. Die Offensichtlichkeit der sexuellen Dienstleistungen, also die entblößten Frauenkörper als Teil des Stadtraumes störte Einige. Unter der Prämisse des Jugendschutzes und dem Erhalt der öffentlichen Ordnung gab es hitzige Debatten über die Eindämmung des Sexbusiness. So wurden phasenweise die vielen Poster und Werbetafeln verboten, welche auf Kino- oder Massagieeinrichtungen hinwiesen. Auch die Verbreitung von Heftchen mit pornographischen Inhalten stand zur Debatte. Organe wie der Sexanzeiger, welche Inserate für sexuelle Dienstleistungen gesammelt präsentierte, wurden zeitweise verboten.

Doch die Auseinandersetzung um die «Versexung» schien nicht alleinig eine Frage der Moral und der Gemüter. Die damals herrschende Wohnungsnot im gesamten Stadtgebiet, auf welche Betroffene mit einer Vielzahl von Demos und unzähligen Häuserbesetzungen antworteten, fiel mit einer verstärkten Ausbreitung des Sexgewerbes zusammen. Wohnraum war rar und wurde durch die zahlreichen Massagesalons und ähnlichen Einrichtungen, in denen käuflicher Sex angeboten wurde, weiter verknappt. Die Immobilienbesitzer rund um die Langstrasse waren für diese Verknappung von Wohnraum nicht unschuldig. Sie waren es, welche aus ihren Liegenschaften enorm höhere Profite schlugen, indem sie die Bewohner mit den Betreibern von Sexarbeit tauschten. Sie machten sich die hohe Konkurrenzsituation, welche unter den Sexarbeiter*innen und den Zuhältern rund um die Langstrasse herrschte, zu Nutze und liessen die Mietpreise in die Höhe treiben. Für die ursprünglichen Bewohnern und BewohnerInnen der Langstrasse und umliegenden Gegenden war dies ein grosses, existenzbedrohendes Problem: Sie wanderten ab.

Das Quartier veränderte sich. Währenddem man sich in den 1970er-Jahren noch vor den Auswirkungen des Sexgewerbes fürchtete und sich über fehlende Sicherheit und Sauberkeit im Quartier beschwerte, schien ein Jahrzehnt später das Angebot der sexuellen Dienstleistungen die Wohnbevölkerung zu verdrängen. Dies blieb nicht unbeantwortet. In verschiedensten Quartiergruppen und mit dem Mieterverband Zürich fanden die BewohnerInnen rund um die Langstrasse ein Sprachrohr, um die Stadtregierung aufzufordern, etwas gegen die Wohnungsnot und das sich ausdehnende Sexgewerbe zu unternehmen. Beispielsweise zeigten QuartierbewohnerInnen der Häuser rund um die Langstrasse im Februar 1984 über hundert Besitzer von Liegenschaften an, welche ihre Immobilien an sexuelle Dienstleister vermieteten. So sind die Jahre 1983 und 1984 nicht nur als Höhepunkt in der Geschichte der Problematisierung des bezahlten Sex in Zürich zu sehen, sondern ebenso als Höhepunkt der Bekämpfung dieser. Die Missstimmung in der Bevölkerung, die unzähligen Besetzungen und die Überpräsenz von nackten Frauenkörpern motivierte die Zürcher Stadtregierung zu heftigen Interventionen. Mitte der 80er-Jahre folgte rund um die Langstrasse Razzia um Razzia: Sexetablissemments wie die Massagesalons wurden dicht gemacht, Sexkinos geschlossen und das Material von Sexläden konfisziert. Es griff die «Entsexung Zürichs» um sich, wie in damaligen Medienberichten, besonders im Blick, die verschärfte Repression gegen die Sexarbeit genannt wurde.

Die Entsexung von Zürich schien ein Erfolg zu sein. Wie man den Medienberichten zu jener Zeit entnehmen kann, beruhigte sich Ende der 80er-Jahre die



Spray in Zürich, August 2018.

Situation an der Langstrasse ein wenig. Dabei war es vor allem die Sexarbeit im öffentlichen Raum, welche rund um die Langstrasse einen Rückgang erfuhr. Diese orientierte sich weiter, in Richtung offene Drogenszene rund um den Hauptbahnhof. Dort fanden die Frauen neue Kunden und ihre Hintermänner neue Arten zur Geldbeschaffung. Doch die ruhigeren Zeiten rund um die Langstrasse hielten nicht lange. Um 1994 wurde die Sexarbeit im Kreis 4 medial wieder ein heisses Thema. Den damaligen Medienberichten zufolge hatte die Quartierbevölkerung Angst vor einer «Verslumung» ihrer Wohngebiete. Die Langstrasse galt als unsicher, als Zentrum des Kriminellen und als verschmutzt. Sie sei die Abfallhalde der Stadt, wo die Stadtregierung all dies deponiere, was sonst im Stadtraum störe. Die Angst vor einer «Ghettoisierung» ging mit der Befürchtung einher, das Gebiet rund um die Langstrasse entwickle den Charakter einer Grossstadt, in welcher sich die BewohnerInnen im Anonymen bewegen. In den Köpfen zeichnete sich die Bedrohung, die vielen «ausländischen» Frauen sowie die unzähligen sexsuchenden Männer von Ausserhalb könnten den Dorfcharakter des Langstrassengebiets, innerhalb welchem soziale Kontrolle herrsche, sprengen. Wie in einer Reportage des Tagesanzeiger vom 22. Juli 1995 nachzulesen ist, war der Fremdenhass gegenüber den in der Sexarbeit involvierten Personen gross. So porträtierte der Tagesanzeiger etwa eine etwas ältere Zürcherin, welche auf ihrem kleinen Balkon Wasserballone deponierte. Laufe eine «schwarzi Strichchatz» unter ihrer Wohnung hindurch, werde diese kurzerhand mit den Ballonen beschossen.

In der Kritik standen nicht nur die (migrantischen) Frauen, welche sich auf der Langstrasse für Sex anboten oder Zuhälter, welche das Angebot für Drogen und Sex garantierten. Im Quartier störte man sich auch wegen den vielzähligen Freiern. Auf der Suche nach Frauen fuhren diese im Schrittempo durch die Langstrasse und durch ihre Nebenstrassen, man störte sich am Lärm ihrer Autos, an den Abgasen und an der blossen Präsenz der sexsuchenden Männer. So ist beispielsweise auf einem Transparent, welches von einem Quartierverein 1995 in der Langstrasse aufgehängt wurde, zu lesen: «Schlicher hauet ab!». Es zeigt ausserdem zwei aufgemalte Verbotstafeln, auf dem einen ist ein Auto, auf dem anderen ein erigierter Penis durchgestrichen. Dabei fällt besonders auf, dass innerhalb der staatlichen Problematisierung der Sexarbeit in Zürich immer die Frauen diejenigen waren, welche rechtlich mit Konsequenzen ihrer Tätigkeit rechnen mussten. Freier blieben unbehelligt und ohne Massnahmen versehen. In den Protesten der AnwohnerInnen jedoch waren es meist die Freier oder die Zuhälter, welche angeprangert wurden. So war es keine Seltenheit, dass in der Langstrasse oder in anderen Gebieten, wo die Sexarbeit öffentlich sichtbar wurde, wie im Seefeld, die QuartierbewohnerInnen nach dem Modell der Bürgerwehr auf die Strasse gingen und die Freier selbst vertrieben. Ebenso verbreitet war es, die

Autonummern der herumfahrenden Freier zu notieren und wegen «unnötigen Herumfahrens» polizeilich zu verzeigen.

So war es nicht mehr länger die Wohnungsnot, welche den Konflikt um den bezahlten Sex antrieb, sondern in den 90er-Jahren tauchte die neue Angst auf, die Qualität der Wohnlage sei durch die Sexarbeit und ihre Nebenerscheinungen gefährdet. Die Angst und das Ärgernis um die «Verslumung» des Langstrassen-Quartier seitens der Bevölkerung stieg stetig, gleichzeitig orientierte sich die Stadtregierung je länger je mehr in der Städteplanung unternehmerisch. So wurde im Sommer 1995 das Projekt Pro Langstrassenquartier lanciert. Dieser Vorläufer von Langstrasse Plus hatte zum Ziel, das Quartierleben dauerhaft zu stärken, indem zusätzliche Grün- und Freiräume sowie neue Quartiertreffpunkte geschaffen werden sollten. Weiter wurde eine bessere «Durchmischung der Bevölkerung» angestrebt. Im Kampf gegen die «Verslumung» im Kreis 4 wurde als Sofortmassnahme das Ziel gesetzt, die Vergnügungen rund um die Langstrasse massiv einzudämmen. So wurden beispielsweise die Vermieter von Sex-Etablissemments nun neu stärker zur Verantwortung gezogen. Auffällig scheint, dass nach Medienberichten die Problematisierung der Sexarbeit auf der Strasse mit der Problematisierung des Drogenelends im öffentlichen Raum verschränkt wurde. Denn die verschärfte Repression Mitte der 90er im Kreis 4 sowie im Kreis 5 betraf nicht alleinig die Sexarbeit, sondern wurde auch deutlich von der Angst vor einer neuen, offenen Drogenszene bestimmt. Was sich dabei vollzog, war eine Aneinanderreihung von Ausgrenzungsmechanismen von diversen Menschengruppen wie der Sexarbeiterin, um ein Stadtbild zu gestalten, dass (soziale) Sicherheit und somit Vermarktbarkeit garantiert. Der Sexarbeit kommt dabei in der Gestaltung und Kommerzialisierung von Stadtraum und urbanem Lebensgefühl einen doppelten Charakter zu: Einerseits scheint die Sexarbeit als Faktor gesehen zu werden, welche Stadtteile «abwertet»: Sobald Frauen auf der Strasse stehen und Sexarbeit ausüben, gilt dieser als etwas verrucht, schmutzlig oder unsicher. Dort wo es viel käuflichen Sex gibt, fürchten sich die Stadtregierungen vor Szenebildungen und Ausschweifungen des Milieus und reagieren entsprechend mit Regulierung. Andererseits jedoch macht genau die Sexarbeit einen Teil vom urbanen Reiz und dessen Vermarktung aus. Zürich ist hierbei nicht das einzige Beispiel. Auch in Amsterdam oder Hamburg übt das Sexgewerbe eine gewisse Attraktion auf Menschen aus, auch wenn schlussendlich gar nicht zwingend Sex konsumiert wird. Es reicht schon, an der Langstrasse oder auf der Reeperbahn von Bar zu Bar oder von Club zu Club zu tingeln und ab und an einen Blick auf die verfügbaren Frauenkörper zu erhaschen.

Die Langstrasse als Vergnügungsmeile für mehr als jene, die auf der Suche nach sexuellen Dienstleistungen und ein bisschen Erotik sind, ist jedoch rela-

tiv jung. Diese Entwicklung wurde durch das Projekt Langstrasse Plus eingeläutet, welches die Langstrasse für jene, die sie heute fernab von Sexarbeit konsumieren, auf Vordermann brachte. Die historische Auseinandersetzung mit der Sexarbeit rund um die Langstrasse zeigt daher, dass der Kampf um die «richtige» Nutzung dieses Stadtgebiets nicht neu ist. Doch haben sich die Konfrontationen um das Gebiet der Langstrasse verändert. Sprach man in den 80er-Jahren von Wohnungsnot, wurde Mitte der 90er die «Verslumung» zu einer Bedrohung, heute werden die vielfältigen Interessen problematisiert, welche ans Quartier getragen werden. Es lässt sich die Analyse festhalten, dass die Regelung der Sexarbeit in der Stadt Zürich wesentlich von Vorstellungen beeinflusst wurde und wird, welche die Gestaltung des urbanen Raumes betreffen. Dabei geht es nicht nur um die herrschende Wohnungsnot wie in den 80er-Jahren, sondern auch um Fragen der Standortpolitik und des Stadtmarketings. Diese wurden in den letzten drei Jahrzehnten immer wichtiger. Die Stadtaufwertung, also die Nutzbarmachung urbaner Zentren durchlief in Zürich in den letzten dreissig Jahren eine steile Entwicklung. Die Sexarbeit ist ein Teil der Vermarktung von Urbanität und des urbanen Lebensgefühls und wird daher auch unter den Vorzeichen einer profitablen Stadtentwicklung verhandelt. Das prägnanteste Beispiel lieferte hierzu die Präsentation der Idee der Sexboxen in Altstetten der Stadtregierung Zürichs. Als Projektziel wurde definiert, dass die Aufhebung des grössten Strassenstrichs der Schweiz am Zürcher Sihlquai und als Alternative hierzu vor allem eines bewirken sollte: Eine Beruhigung des betroffenen Stadtgebiets und die Wiederherstellung von Sicherheit. Fragen rund um die Angelegenheit der Sexarbeit und der darin involvierten Frauen waren und bleiben sekundär.

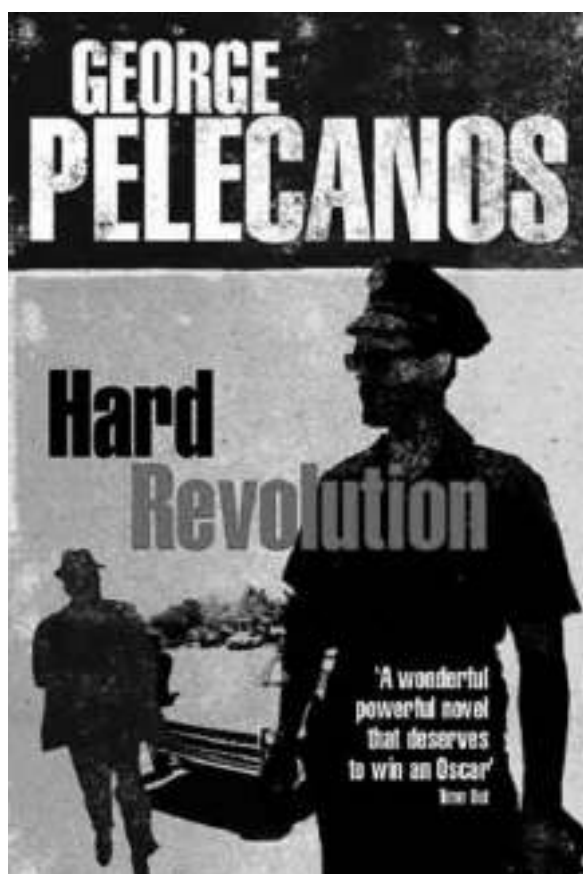
Es ist unhaltbar, dass der Druck auf die Sexarbeiter*innen, wie ihn beispielsweise aktuell die kapitalistische Urbanisierung erzeugt, nun auch von Frauenorganisationen erhöht wird. So zielt die Argumentation der Frauenzentrale darauf ab, aus rein moralischen Gründen die Sexarbeit weiter zu illegalisieren, was zwingend zu einer Prekarisierung der Sexarbeiter*innen führt: Je kriminalisierter, desto schwieriger ist es für die Sexarbeiter*innen, ihre Rechte einzufordern und sich vor Gewalt von Männern zu schützen. Sexarbeit ist Arbeit und daher gilt es, für faire Arbeitsbedingungen einzustehen und dafür zu kämpfen, dass diese eingehalten werden. Es ist ein Irrglaube, dass Verbote von Sexarbeit die Situation der diese ausübenden Personen verbessern. Ein Verbot schafft diese nicht ab, denn es sind die gesellschaftlichen und ökonomischen Rahmenbedingungen von Frauen, welche sie dazu veranlassen, Sexarbeit zu betreiben. Die Politik, wie sie die Frauenzentrale fährt, ist daher nicht nur blauäugig, sondern gar frauenverachtend. Sie negiert die zentralen sozio-ökonomischen Bedingungen, welche Sexarbeit hervorbringt und strukturiert und bewegt sich im Bereich von moralischen und ethischen Idealvorstellungen.



LoRa 97.5 MHz

Sonntag 18 bis 20 Uhr Immer am ersten Sonntag des Monats	Wiederholungen jeweils donnerstags 10 bis 12 Uhr
---	---

Kritik und Anregungen an:
Rote Welle, Postfach 8663, 8036 Zürich



George Pelecanos: Hard Revolution

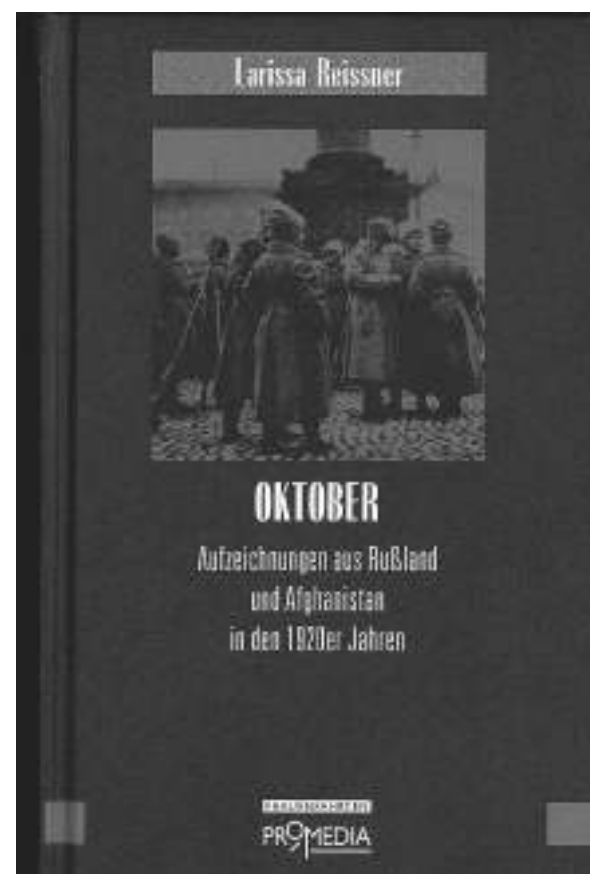
Washington DC 1968. Gemächlich und alltäglich führt dieses Buch, das vorgibt ein Kriminalroman zu sein, aber nur nebenbei Wert auf Aufklärung von Straftaten legt, durch die gespaltene Gesellschaft der USA. Rassismus und Klassengegensätze sind allgegenwärtig, werden sich am Ende nachvollziehbarerweise in Riots entladen.

Der griechischstämmige Autor George Pelecanos ist in DC aufgewachsen. Er kennt die Stadt und lässt seine Ortskenntnisse einfließen, ebenso und das sogar üppig, seine Kenntnisse der damaligen Musik und Popkultur. So erfahren wir beim Lesen, was 1968 gerade am Radio lief und jede Figur ist mit einem eigenen Soundtrack ausgestattet. Beispielsweise der schwarze Streifenpolizist: Er hört Blues aus dem Süden, Stax ist sein Lieblingslabel, Motown eckelt ihn hingegen, das hält er für Blues für Weisse. Der Stellenwert der Musik ist in diesem Buch so hoch, dass die amerikanische Erstausgabe mit beigelegter Musik-CD herausgegeben wurde. Das ist zu Zeiten von Youtube zwar nicht mehr nötig, aber dennoch nett.

Der Stil von Pelecanos wird von KritikerInnen als «filmisch» beschrieben. Er schreibt dialoglastig, in kurzen, direkten Sätzen. Vielleicht wird er aber einfach mit einem Film im Kopf gelesen, weil er durch seine Mitautorenschaft bei der Kult-Serie «The Wire» zum Star geworden ist. Dennoch stimmt, dass das Buch an die Serie erinnert, unter anderem, weil es keine klare Hauptfigur gibt. Derek Strange wird zwar im Klappentext als solche genannt, doch verdankt er das eher der Tatsache, dass er in anderen Pelecanos Krimis die Hauptfigur ist. Hier, 1968, ist er noch ein junger Streifenpolizist, der sich im Zuge einer Kampagne zur Rekrutierung schwarzer Cops hat anwerben lassen. Und er ist mehrheitlich mit der Frage befasst, ob seine Berufswahl richtig war. Neben ihm nehmen andere Figuren fast gleichwertig viel Platz ein, seine Eltern, die hart arbeiten und dabei nicht reich werden, aber die bürgerliche Moral von Fleiss hochhalten. Der Bruder, der verletzt und kaputt aus Vietnam zurückgekehrt ist, belesen und klug, politisch revolutionär, aber völlig desillusioniert. Und ebenso viele weisse Personen, ebenso unterschiedlicher Art, das Buch ist bevölkert mit gesellschaftlichen Prototypen, die sinnbildlich zu verstehen sind.

Schon 2004 herausgekommen, ist «Hard Revolution» nun mit beachtlicher Verspätung auch auf Deutsch erhältlich. Das Buch ist schnell gelesen und hinterlässt den Eindruck, etwas erlebt zu haben. Wer also einen Tag lang zu Blues Klängen in die ArbeiterInnenviertel von DC im Jahre 1968 reisen möchte, ist mit diesem Buch gut beraten.

George Pelecanos: Hard Revolution, Ars Vivendi 2017. ISBN:: 978-3869137667.



Larissa Reissner: Oktober

Das Buch ist im 100. Jahr der Russischen Revolution 2017 verdienstvollerweise neu erschienen. Denn wie so viele andere Frauen, die beim Umsturz vor 100 Jahren beteiligt waren, ist auch Larissa Reissner heute beinahe vergessen. Dabei stellen Februar- wie Oktoberrevolution Höhepunkte im Kampf der proletarischen Frauen für ihre und generell für die menschliche Emanzipation dar.

Die Schriftstellerin Larissa Reissner ist 22 Jahre alt, als in Russland 1917 die Oktoberrevolution ausbricht. Geprägt von den sozialistischen Ansichten in ihrem Elternhaus und ihren revolutionären KünstlerkollegInnen schliesst sie sich den Bolschewiki an und wird die erste weibliche Kommissarin der Roten Armee. Aber auch ihre Feder macht sie zur Waffe und sie schreibt auf, was sie an der Front erlebt, insbesondere im Bürgerkrieg, den die Konterrevolution 1918 anzettelt. Bisweilen muss man sich etwas durchkämpfen, durch das Pathos, welches die revolutionäre Begeisterung in jener Zeit der Sprache aufdrückt. Doch ist diese Sprache Ausdruck der Leidenschaft und tiefen Überzeugung für die revolutionäre Sache, die nicht nur Larissa Reissner, sondern breite ArbeiterInnen- und Bauernmassen in jener Aufbruchstimmung empfinden.

Doch nicht allein Pathos, sondern wundervolle Poesie bringt Larissa in ihre Berichte und Erzählungen. Ihr reicher, lebendiger Stil bringt uns die Erlebnisse so hautnah ran, dass wir es gleichsam selbst erleben, sowohl das Grausame des Krieges wie auch das Schöne im Aufbau neuer sozialistischer Beziehungen. Sie macht deutlich, wieviel Bewusstsein nötig ist, welche ausserordentliche Kraftakt die Menschen bereit sind zu leisten, um die Rote Armee unter schwierigsten und äusserst widersprüchlichen Bedingungen aufzubauen.

Vor ihrem frühen Tod im Jahre 1926 bereist sie Afghanistan und die neuen sowjetischen Industriezonen. Die Erzählungen davon zeugen von Reissners feinfühligem Blick auf den einzelnen Menschen in grossen historischen Ereignissen und hinterlassen einzigartige Reiseberichte. Insbesondere auf einen Orient und eine Zeit, die es so nicht mehr gibt.

Sie gehörte zu «der winzigen Zahl der Intellektuellen, die nicht nur entschieden zum kämpfenden Proletariat übertrat, sondern dies mit tiefem Bewusstsein der weltgeschichtlichen Bedeutung der Ereignisse, mit tiefem Glauben an den Sieg tat», weil sie die Ereignisse «mit einem Aufjauchzen» verfolgte. Dies schrieb der langjährige Wegbegleiter Karl Radek in seiner Einleitung zum Band «Oktober», der im Neuen Verlag Berlin 1927 in der ersten Auflage erschien. In einer Rezension des Buches, ebenfalls 1927, bewunderte Kurt Tucholsky vor allem Larissas Gabe, zugleich «das Nahe und das Ferne» beschreiben zu können. Und er schreibt: «So eine wie dich haben wir nie gehabt. So eine wie dich möchten wir so gerne haben».

Larissa Reissner: Oktober. Aufzeichnungen aus Russland und Afghanistan in den 1920er Jahren, Promedia 2017. ISBN: 978-3-85371-429-4

Übers Meer und durch die Wälder

KINDERBÜCHER Zwei aktuelle Kinderbücher erzählen die abenteuerlichen Geschichten der Schiffsmaschinistin Sally und der Wildwoferin Feo auf den Weltmeeren und in den russischen Wäldern am Vorabend der Oktoberrevolution. Mit Solidarität, Mut und Humor bieten die beiden sympathischen Heldinnen Willkür und Repression die Stirn.

(az) Ungeheuer packend zu lesen sind die Bücher «Mord ohne Leiche» des schwedischen Autors Jakob Wegelius und «Feo und die Wölfe» der englischen Autorin Katherine Rundell. Erzählt werden die Geschichten zweier Protagonistinnen, denen die Liebsten durch Willkür und Repression entrissen werden. Die Situationen scheinen ausweglos, doch die beiden machen sich auf, Verbündete zu suchen, wilde Abenteuer zu erleben und das Blatt zu wenden.

Mord ohne Leiche

Sally Jones, Äffin und Maschinistin, fährt seit Jahren mit ihrem besten Freund, dem Chief, auf einem kleinen Frachtschiff zur See. Als bei einer Kollision mit einem Wal das Steuerruder bricht, gehen sie in Lissabon vor Anker. Die Reparatur des Schiffs verschlingt alle Ersparnisse des Duos. Nach verzweifelten Wochen nehmen sie in einer düsteren Hafenkneipe den Auftrag für eine mysteriöse Fracht an. Die Ereignisse überstürzen sich, im Fluss Azulejo läuft das Schiff auf Grund. Fracht und Mittelsmann verschwinden in den dunklen Fluten. Der Chief wird verhaftet und als Mörder und anarchistischer Aufrührer zu 25 Jahren Gefängnis verurteilt. Sally entkommt über die Dächer der Altstadt. Nach banger Tagen der Flucht findet sie Unterschlupf und Unterstützung bei Ana, einer Fabrikarbeiterin und Fado-Sängerin, und beim Instrumentenmacher Luigi. Mit dem Bau eines Akkordeons für ihren gefangenen Freund überwindet Sally ihre Verzweiflung und bringt dem Chief und seinen Mitgefangenen Musik und Hoffnung in die Gefängniszellen. Und dann macht Sally eine wichtige Entdeckung: Der Mann, den der Chief ermordet haben soll, lebt und hält sich in Indien versteckt. Sein Tod war nur vorgetäuscht. Im Verborgenen sendet er Geld für die Blumen auf dem Grab seiner toten Geliebten. Um diesem Geheimnis auf den Grund zu gehen, geht Sally erneut an Bord. Übers Mittelmeer, den Suezkanal und den indischen Ozean gelangt sie nach Bombay. Unterwegs entkommt sie einem düsteren Kommissar, einer fiesen Falle und einem feigen Verräter. Sie findet neue Verbündete, dient einem exzentrischen Maharadscha als Spionin und Flugzeugmechanikerin, gewinnt eine schicksalshafte Partie Schach und kehrt zurück nach Lissabon: mit Antworten und einem Plan.

Feo und die Wölfe

Feo und ihre Mutter leben in den russischen Wäldern nahe St. Petersburg. Als Wildwoferinnen wildern sie Wölfe aus, welche als Jungtiere adeligen Familien als Haustiere und Glücksbringer dienten, erwachsen aber zu wild und gefährlich geworden sind. Am Vorabend der russischen Revolution verbietet die zaristische Armee das Auswildern der Tiere, die halbwilden Wölfe sollen nun getötet werden. Als sich Feos Mutter dieser Weisung widersetzt, brennen zaristische Schergen ihre Blockhütte nieder und bringen die Mutter als Gefangene nach St. Petersburg. Feo gelingt mit drei Wölfen die Flucht in die Wälder. Unterwegs tut sie sich mit dem desertierten Kindersoldaten Ilya zusammen, der von seinem Vater in die Armee gezwungen wurde. Der Schnee liegt hoch, die zaristischen Schergen sind ihnen dicht auf den Fersen. Doch Feo und die Wölfe kennen sich in den Wäldern aus und Ilya durchschaut die Logik der Offiziere. Nach einem Sturm lernen sie in einem niedergebrannten Dorf den jugendlichen Revolutionär Alexej kennen. Bei gebratenen Äpfeln und süßem Tee erzählt er ihnen von Zaren, Leibeigenen und Revolutionen. Feo und Ilya möchten von all dem eigentlich gar nichts wissen. Feo wünscht sich bloss ihre Mutter, ihr altes Leben in der Blockhütte und ihre Arbeit als Wildwoferin zurück. Ilya träumt von einer Ausbildung als Tänzer. Und dennoch machen sich Feo, Ilya und Alexej zusammen mit den Wölfen und den Kindern und Erwachsenen des Dorfes nach St. Petersburg auf, die Gefangenen zu befreien und die Welt zu verändern.

Realistisch fantastisch

Wie die Geschichten ausgehen, sei hier natürlich nicht verraten. Aber wir ahnen es, die Guten werden diesmal gewinnen. In beiden Büchern, geschrieben für Kinder von ungefähr 10 Jahren, geht es darum, was es braucht, um für kleine und grosse Träume zu kämpfen und dabei die Hoffnung und den Mut nicht zu verlieren. Freundschaft und Solidarität, Tanz und Musik, Wut und Geduld, einen langen Atem und einen guten Plan.

Auch wenn die Bücher Repression, Gewalt und Gefängnis als Machtmittel der herrschenden Klasse thematisieren, sind es Geschichten für Kinder. Realistische und bedrückende Szenen wechseln sich ab mit witzigen und fantastischen Begebenheiten. Sally ist eine mechanisch hochversierte Äffin, die Instrumente baut, Schiffe repariert, Schach spielt und Flugzeuge lenkt. Feo und Ilya locken ihre Verfolger*innen in Hinterhalte aus Brennesseln, Schneebällen und Eiszapfen, um ihnen anschliessend auf den Rücken der Wölfe davon zu reiten. Sie enteignen ein altes Schloss und gelangen verkleidet als aristokratische Kinder hoch zu Schlitten hinter die Stadtmauern von St. Petersburg. Wildwofer*innen hat es nie gegeben, aber die Erfindung ist gut.

Für erwachsene Leser*innen sind Bezüge auf reale historische Ereignisse erkennbar. Die anarchistische Bewegung in Portugal zu Beginn des 20. Jahrhunderts und der Militärputsch von 1926, die russische Oktoberrevolution von 1917 oder der englische Kolonialismus in Indien.

Kinderfragen garantiert

Die Figuren in den Geschichten sind frisch und queer. Zuschreibungen und Stereotype werden unaufgeregt über Bord geworfen. Thematisiert ist das ambivalente Verhältnis von Mensch und Tier. Die Äffin, als wertloses Anhängsel eines Staatsfeindes gejagt und als originelle Trophäe eines launischen Maharadschas vergöttert und verklärt. Die Wölfe, als putzige Haustiere exzentrischer Adliger verhätschelt und als unberechenbare Raubtiere zum Abschuss freigegeben.

Die Erzählungen führen an wundersame und eindrückliche Orte. In verschneite Wälder, über vereiste Seen und wilde Ozeane, von Lissabon nach Alexandria, Bombay und Karatschi, in den Palast des Maharadschas von Bhapur und in die Gassen des jüdischen Viertels von Mattanchery.

Grossartig sind die Geschichten durch die Autor*innen selber illustriert. Leider wurden die Bilder von Katherine Rundell nicht in die deutsche Ausgabe übernommen.

Die Sprache ist altersgerecht, aber anspruchsvoll. Wer die Bücher mit Kindern zusammen liest, kommt nicht darum herum, sich mit einigen Begriffen der Seefahrt vertraut zu machen, die Grundregeln des Schachspiels zu kennen und Worte wie Fado, Anarchist*in, Sabotage oder Malaria zu erklären.

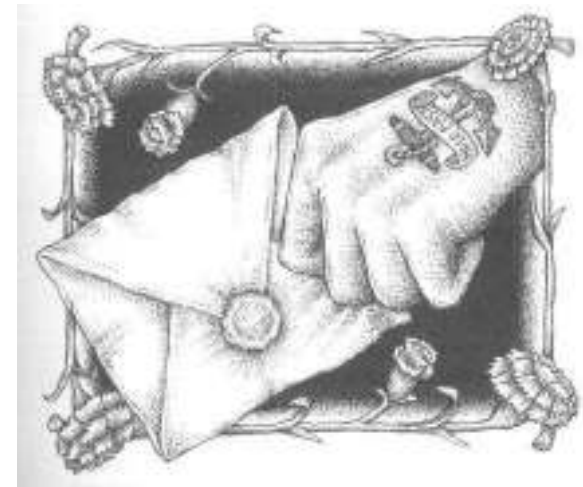
Und wer ist eigentlich dieser Marx?



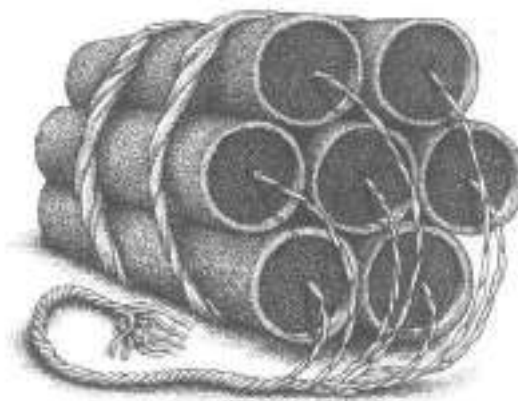
Kollision mit dem Wal



Flucht über die Dächer



Brief aus dem Knast



Dynamit hilft weiter



Auf Spurensuche in Indien

Verkaufsstellen Schweiz: Kasama, Militärstrasse 87a, 8004 Zürich / Aufbau-Vertrieb, Kanonengasse 35, 8004 Zürich / Atropa Buchhandlung, Kirchplatz 2, 8400 Winterthur / Buchhandlung am Helvetiaplatz, Stauffacherstrasse 60, 8026 Zürich 4 / Hirschmatt-Buchhandlung, Hirschmattstrasse 26, 6003 Luzern / Infoladen Romp, Steinenstrasse 17, 6000 Luzern / Buchhandlung Comedia, Katharinengasse 20, 9004 St. Gallen / Buchhandlung Waser, Rümelinplatz 17, 4001 Basel / Aufbau-Vertrieb, Bläsiring 86, 4007 Basel.

Verkaufsstellen Deutschland: Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 29357 Hamburg / Infocafé Gasparitsch, Rotenbergstrasse 125, 70190 Stuttgart / Infoladen im Linken Zentrum, Böblingerstr. 105D - 70199 Stuttgart-Heslach / Buchladen Le Sabot, Breite Str. 76, 53111 Bonn / Infobüro, c/o Bücherkiste, Schlehengasse 6, 90402 Nürnberg / Buchladen Georgi Dimitroff, Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt / Basis Buchhandlung, Adalbertstr. 41-43, 80799 München / Buchladen M99, Manteuffelstr. 99, 10999 Berlin / Buchhandlung O21, Oranienstr. 21, 10999 Berlin.